POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

XII. Band | 15. September 1918 | Nummer 104

Die deutschen Behörden und die polnische Industrie.

Von Henryk Tennenbaum.

Ueber das Verhältnis des okkupierenden Staates zu dem von diesem Staate besetzten Territorium entscheidet die Kriegsraison. Sie bestimmt die Methoden des Vorgehens, sie beherrscht den Geist und den Buchstaben des internationalen Rechtes. Die Kriegsraison, in weiten Grenzen aufgefaßt, umfaßt nicht allein den Armeebedarf (Nahrungsmittel, Bekleidung, Munition), sondern auch den Bedarf der Kriegsindustrie, und sie kann sich sogar auch auf den Bedarf der Zivilbevölkerung erstrecken, denn die Aufrechterhaltung des Wohlstandes dieser Bevölkerung auf einem gewissen Niveau bedeutet für den kämpfenden Staat eine der Bedingungen des Durchhaltens. Auf den Verlauf des Krieges wirkt auch die psychische Stimmung der Bevölkerung ein, also auch die Mittel zur Hebung dieser Stimmung können als Werkzeuge der Kriegsraison angesehen werden. Humanitäre Rücksichten, die Rücksichten auf das Wohl des okkupierten Landes, auf das Wohl seiner Bevölkerung — treten hier an die zweite Stelle; der okkupierende Staat läßt sich bei seinem Vorgehen nur von seinem staatlichen Egoismus leiten, er überläßt dem besetzten Lande nur dasjenige Minimum, ohne das der Aufenthalt der Okkupanten in diesem Lande für diese selbst gefährlich werden könnte.

Aber Ziel des Krieges ist nicht allein die Erlangung des Sieges, sondern auch seine Sicherung, Werkzeug der Kriegsraison sind also nicht allein nur diejenigen Mittel, die unmittelbar einen Sieg herbeiführen sollen, sondern auch alles das, was in der Linie der Absichten liegt, die nach dem Kriege die politisch-wirtschaftlichen Pläne verwirklichen sollen. Wenn irgendein Schritt, der vorläufig eine sofortige Hilfe bringt, diesem endgültigen Kriegsziel widerspricht, so gebietet die wahre Kriegsraison, ihn zu unterlassen.

Von diesem Standpunkt ausgehend, kann ein besetztes Gebiet dem okkupierenden Staate in zweifacher Weise dienen. Es kann zum Objekt einer Ausnützung für die Bedürfnisse des Augenblicks werden, aber es kann auch als Terrain einer auf weite Sicht berechneten Wirtschaft behandelt werden, auf dem man, auf Augenblicksnutzen verzichtend, Zukunftsnutzen kultiviert. Im ersten Falle kann die Ausnutzung eines besetzten Landes den Charakter einer Raubwirtschaft annehmen, im zweiten Falle wäre dies vom Standpunkt der wahren Kriegsraison unerwünscht. Die Wahl des einen oder anderen Systems hängt von den Absichten des okkupierenden Staates hinsichtlich des besetzten Gebietes ab

Indessen sehen wir in der Politik Deutschlands Polen gegenüber eben einen großen Gegensatz zwischen den Absichten und der Ausführung, zwischen dem offiziell bekannt gegebenen Programm der Staatsraison und zwischen den Methoden ihrer Betätigung.

Die Absicht Deutschlands hinsichtlich Polens ist auf ein Wirtschaftsbündnis mit diesem gerichtet. Vom deutschen Standpunkt ist natürlich eine Voraussetzung dieses Bündnisses, daß Deutschland das Maximum an Nutzen und Einfluß aus ihm haben müsse. Aber hier kann die Rede nur sein von einem festen, auf eine weite Sicht berech-

neten Nutzen, der mit einem langen sozial-wirtschaftlichen Maß gemessen werden muß — nicht von Augenblickserfolgen. Einen Gegenstand, den man benutzen will, vernichtet man nicht, man weckt keinen Haß und Verzweiflung bei Menschen, mit denen man sich verständigen und in gemeinsamer Arbeit weiterleben will.

Entgegen diesem einzig vernünftigen Standpunkt strebt die deutsche Politik in Polen dahin, die Quelle des zukünftigen Nutzens selbst zum Austrocknen zu bringen, ruft einen dumpfen und immer mehr anwachsenden passiven Widerstand hervor und erweckt in der Bevölkerung die Ueberzeugung, daß das Ziel Deutschlands nicht in einem Bündnis besteht, sondern in der Auspowerung des Landes nach den in den früheren Kolonialkriegen geübten Methoden.

Die Industrie des Königreichs Polen ist mit Ausnahme der Kohlenbergwerke, die durch die Behörden oder unter ihrer Kontrolle ausgebeutet werden, und der Zuckerfabriken, fast vollständig zum Stillstand gekommen. Zeitweise beginnt hier und da, nach unglaublichen Anstrengungen des Unternehmers, ein schwaches Flämmchen wirtschaftlicher Betätigung zu glimmen, aber nur, um sofort infolge unbezwingbarer Hindernisse zu erlöschen. Und diese Hindernisse bestehen nicht in dem Mangel an Rohstoffen oder Arbeitskräften — sondern in der konsequenten Gegenwirkung der deutschen Behörden.

Der polnischen Industrie wurde alles weggenommen, was ihr zur Produktionstätigkeit notwendig war: Rohstoffe, Schmiermaterialien, Hilfsmaterialien, Transmissionsriemen, Kessel, Dampfmaschinen, ein bedeutender Teil der Werkzeugmaschinen und die meisten Kupferteile der Fabrikeinrichtungen. Nach dieser Enteignung setzte während des vergangenen Winters die vielleicht furchtbarste Requisition von Eisen in jeder Gestalt ein, selbst die Fabrikeinrichtungen nicht ausgenommen: Coquillen, Walzen, Gießereikessel, Gegengewichte für Webereimaschinen, Fundamentplatten usw. usw. Die polnischen Industriellen wiesen damals die Okkupationsbehörden darauf hin, daß es rationeller wäre, das Eisen durch eine wenigstens teilweise Inbetriebsetzung derjenigen einheimischen Hütten zu gewinnen, bei denen der Zustand der noch vorhandenen Einrichtungen dies gestattete. Der Vertreter der Okkupationsbehörden hat jedoch den Industriellen darauf erwidert, daß das Kriegsministerium die Inbetriebsetzung der polnischen Hütten nicht wünschte. Warum? Es unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß vom sozialwirtschaftlichen Standpunkt eine Zerstörung von Arbeitswerkstätten zwecks Gewinnung von Schmelzeisen, das doch wieder aufs neue vorbereitet werden muß, unbedingt verworfen werden muß, wenn man das gleiche Eisen auf normalem Wege durch Ausnützung der bereits vorhandenen Fabrikeinrichtungen gewinnen kann. Es unterliegt ebenso gar keinem Zweifel, daß es billiger wäre, das Eisen für die Ostfront im Königreich Polen zu gewinnen, anstatt das requirierte Schmelzeisen nach Deutschland zu transportieren, es dort wieder zu verhütten und dann erst zurückzuschaffen. Trotzdem haben jedoch die deutschen Behörden den zweiten Weg gewählt. Die Bevölkerung von Polen kann sich das nicht anders erklären, als durch Rücksichtnahme auf die Sonderinteressen der deutschen Industrie. Die oberschlesischen Hütten sind es, wie aus ihren Denkschriften und Veröffentlichungen hervorgeht, die der Inbetriebsetzung der polnischen Hütten im Wege stehen, weil sie ihren Konkurenten vernichten wollen. Schon während des ersten Jahres der Okkupation kamen diese Absichten zum Ausdruck in der auf dem Gebiete des Königreichs Polen vorgenommenen Requisition von Alt-Eisen, wobei zu gleicher Zeit schlesisches gewalztes Eisen nach Polen eingeführt wurde. Die Veranlassung zur Requisition war damals also nicht der eigene Mangel in Deutschland, sondern wiederum nur das Interesse der oberschlesischen Hütten. Selbst wenn man sich den strengen Kriegsgesetzen in der weitestgehenden Weise unterordnet, so kann man dennoch nicht eine solche Taktik für berechtigt erklären, die gewissen Kreisen der deutschen Industrie schmeichelt und in der Befriedigung ihrer privaten Raffgier die Kriegsraison sieht. Ein solches Vorgehen kann man nur als zum ersten der eingangs formulierten Systeme der Ausnutzung des okkupierten Landes

gehörend ansehen — aber solche Methoden werden nur dann angewandt, wenn man das ausgepowerte Land ganz verlassen und keine Beziehungen mit ihm unterhalten will.

Wenn man diese Politik lediglich vom Standpunkt ihrer Zweckmäßigkeit beurteilt — kann man sie nicht anders nennen, wie kurzsichtig. Der gleiche kurzsichtige Interessenstandpunkt kennzeichnet auch die Methoden der deutschen Behörden in Sachen der Entschädigungen für das im Königreich Polen enteignete wirtschaftliche Gut. Immer, wenn es sich um die Erlangung der zur Kriegsführung unentbehrlichen Materialien handelt, tritt die Preisfrage zurück — was wir ja auch bei den Vereinbarungen mit der Ukraina in der Frage der Getreidepreise gesehen haben. Wenn es sich um Hunderte von Milliarden handelt, lohnt es sich ganz einfach nicht, eine ganze Reihe von industriellen Anlagen zu ruinieren, um mehrere oder sogar viele Millionen zu ersparen. Indessen handeln die deutschen Okkupationsbehörden im Königreich Polen nach dieser Methode, sie suchen Pfennigersparnisse zu machen und halten systematisch den polnischen Industriellen die Entschädigung für den wirklichen Wert der requirierten Gegenstände vor. Auf einen Hinweis der Lodzer Industriellen, daß der bei dem Verkauf der requirierten Waren in Deutschland erzielte Mehrgewinn den geschädigten Besitzern zurückerstattet werden muß, antwortete der Vorsitzende der staatlichen Entschädigungskommission, Herr Hieckmann: „darin besteht der sich aus der günstigen Konjunktur ergebende Nutzen des Staates." In der Auffassung des Herrn Hieckmann tritt hier also der Staat als Kaufmann auf, und die „günstige Konjunktur" schafft ihm die physische Gewalt.

Aber an den Requisitionen im Königreich Polen bereichert sich nicht nur der Staat, sondern auch die deutschen Industriellen und Handelsgesellschaften. Die am meisten gebräuchliche Enteignungsmethode in Polen ist der sogenannte „freihändige Ankauf". Das ausschließliche Recht dazu besitzen die Kriegswirtschaftsaktiengesellschaften. Der freihändige Ankauf besteht darin, daß nach Bekanntgabe der Verordnung über die Beschlagnahme, die Kriegsgesellschaften sich bei den Fabriken melden und die beschlagnahmten Gegenstände zu Preisen einfordern, die sie selbst bestimmen und die fast immer für die Industriellen ruinierend und in jedem Falle niedriger sind, wie die Preise in Deutschland. Im Falle der Ablehnung erfolgt die Enteignung, wobei die Auszahlung auf einen unbestimmten Termin hinausgeschoben wird. Der Besitzer hat also keine Wahl, weder hinsichtlich des Verkaufsobjektes selbst, weder hinsichtlich des Preises noch schließlich hinsichtlich der Annahme oder Ablehnung der vorgeschlagenen Transaktion. Die Bezeichnung „freihändiger Verkauf" klingt deshalb wie eine Verhöhnung, und in ganz Polen ist die Ueberzeugung verbreitet, daß mit dieser Bezeichnung lediglich solche Requisitionen maskiert werden, die nicht für Kriegszwecke, sondern für den Bedarf der Industrie und der Zivilbevölkerung in Deutschland vorgenommen werden, und wo vom rechtlichen Standpunkt die Zulässigkeit der Requisitionen in Frage gestellt werden kann. Diese Annahmen werden im übrigen auch bestätigt durch die Erklärungen der deutschen Okkupationsbehörden, die wiederholt den Nachdruck darauf gelegt haben, daß Requisitionen sich nur auf den unmittelbaren Bedarf der Armee beschränken werden, daß aber die Gegenstände für den Bedarf der Industrie und Zivilbevölkerung im Wege der „freien Vereinbarung" erworben werden. Diese Ankaufsmethode ist formell bequemer und für Deutschland finanziell insofern günstiger, als sie eine unerschöpfliche Quelle des „Nutzens aus der günstigen Konjunktur" eröffnet, von der Herr Hieckmann gesprochen hat. Der „Ankauf" gestattet es vor allem, die ganze Transaktion sofort zu liquidieren, während eine Requisition den Besitzern die Möglichkeit läßt, die Differenz zwischen der ihnen zugebilligten Entschädigung und dem wirklichen Wert des Objektes zu verlangen. Schließlich hat auch die Zivilbevölkerung in Deutschland aus den Handelsoperationen dieser Kriegsgesellschaften Nutzen. Die zeitweise auf dem Wege des Ankaufs enteigneten Waren (besonders Webwaren und Kleidungen) erscheinen schließlich im deutschen Detailhandel, nachdem sie zuvor verschiedene Stufen der Handelsvermittlung passiert haben (Produzent, Engroshändler, Detailhändler), und da nun jeder dieser Vermittler seinen Gewinn

haben muß, und die Detailpreise in Deutschland behördlich festgesetzt werden — so ist es verständlich, um wieviel niedriger die beim „Ankauf" in Polen gezahlten Preise sein müssen, wie beim Verkauf der enteigneten Gegenstände in Deutschland. Die in Polen fortgenommenen Waren werden daher zum Handelsobjekt, das gewisse deutsche Handelskreise bereichert; der sich hieraus ergebende Nutzen ist zwar zweifellos den Interessierten erwünscht, aber mit einer Kriegsraison hat das nichts zu schaffen.

Die Kriegsgesellschaften treten in Polen nur sehr selten als Lieferanten und Verkäufer auf und auch dann auf eine sehr originelle Weise. Dokumentarisch festgestellt sind Fälle, wo bei einer polnischen Firma „freihändig" angekaufte Waren später zu bedeutend höheren Preisen einer anderen polnischen Firma verkauft wurden. Ein solches Vorgehen hat nicht nur äußerlich mit irgendeiner gerechten Verteilung der Waren gar nichts zu schaffen, sondern es stellt eine sehr teure Handelsvermittlung dar und bedeutet einen Nutzen, den man schwerlich als Handelsgewinn qualifizieren kann.

Die Kriegsgesellschaften operieren außer mit enteigneten Waren auch mit Freigabescheinen oder mit Erlaubnisscheinen für den Ankauf der beschlagnahmten Waren. Wenn man einen Teil des Vorrates den Kriegsgesellschaften zu einem Preis verkauft, der niedriger ist, wie der amtlich festgesetzte Preis, so kann man den Rest der Ware vor der Beschlagnahme retten; das Versprechen, daß ein Teil der bezogenen Waren der Kriegsgesellschaft abgetreten wird, kann dem Industriellen die Einfuhrerlaubnis einer größeren Partie dieser Ware erleichtern. Aber weder die Requisitionsfreigabescheine noch die Einfuhrerlaubnis schützen den Industriellen vor der Enteignung der bezogenen oder eingeführten Waren — denn die gleiche Kriegsgesellschaft kann nach einiger Zeit wiederum einen „freihändigen Ankauf" verlangen, um wieder bei der „Freigabe" Nutzen zu haben.

Das Vorgehen der Enteignungsorgane in Polen stützt sich also auf gar keine Rechtsgrundlage; überdies wird dieses Vorgehen von Schikanen begleitet, die die Industriellen in ständiger Sorge und Unsicherheit halten.

Aber auch das Verhältnis der Zentralbehörden zu unserer Industrie entbehrt der Rechtsgrundlage. Der augenfälligste Beweis dafür war die noch im Jahre 1914 vorgenommene Massenenteignung von Textilwaren in Lodz. Die amtliche Verordnung befahl die Anmeldung und kündigte ausdrücklich den Ankauf dieser Waren an. („Die angemeldeten Waren werden von der Militärbehörde angekauft.") Als aber die Lodzer Industriellen nach dem „Ankauf" Bezahlung verlangten, wurde ihnen erklärt, daß dieses kein Ankauf, sondern eine Requisition war, und daß die Entschädigungen durch die staatliche Entschädigungskommission nach Grundsätzen, die für diese maßgebend sind, gezahlt werden (das bedeutet: in einem unbestimmten Termin, nach Abzug der Forderungen der deutschen Gläubiger und ohne Teilnahme der Geschädigten bei der Schätzung). In einer Konferenz mit dem Vorsitzenden der staatlichen Entschädigungskommission in Berlin im Februar 1916 haben die Vertreter der Lodzer Industrie darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auffassung dem Wortlaut der damaligen Verordnung widerspricht; von Herrn Hieckmann vernahmen sie jedoch die Antwort, daß, wenn sie sich auf diese Verordnung berufen, auch die Regierung ihrerseits die in jener Verordnung enthaltene Drohung verwirklichen und alle nicht rechtzeitig deklarierten Waren konfiszieren wird. Da der Vorsitzende der staatlichen Entschädigungskommission seine Stellung rechtlich nicht begründen konnte, griff er also zu dem Mittel der Drohung.

Um das Bild vollständig zu machen, muß noch hinzugefügt werden, daß mit Ausnahme der „angekauften" und durch die Kriegsgesellschaften bezahlten Waren (deren Menge im Verhältnis zur Gesamtsumme unbedeutend ist, weil die Industriellen nur im äußersten Falle mit einem solchen Verkauf einverstanden waren), die Okkupanten bis Mitte 1917 den Geschädigten für die Enteignungen keine Zahlung leisteten. Erst im Juni 1917 hat die staatliche Entschädigungskommission mit der Auszahlung der Entschädigungen begonnen, aber die Veranlassung dazu war mehr das Interesse der deutschen Gläubiger, wie das Recht der Geschädigten. Ein Verfahren wegen der Entschädigung kann die Kommission nämlich auf Antrag des Gläubigers, ohne Verlangen des Geschädigten und sogar entgegen seinem Willen, ein-

leiteten. Die Schätzung der enteigneten Waren erfolgt nach den vorkriegerischen Preisen in Deutschland (also ohne Berücksichtigung der Zollkosten, der Frachtsätze und der höheren Produktionskosten in Polen) mit Zuschlag von 3% für Kriegspreiserhöhung; von der zuerkannten Summe werden die Forderungen der deutschen Gläubiger in Abzug gebracht, und schließlich wird die Hälfte des verbleibenden Betrages zwangsweise in Kommunalobligationen bezahlt, die aber erst drei Jahre nach Kriegsschluß realisiert werden können. Auf diese Weise erhält der Industrielle im besten Falle in bar nur einen unbedeutenden Teil des Wertes der enteigneten Gegenstände, — so aller Produktionsmöglichkeiten beraubt, erhält er dafür nicht einmal ein solches Aequivalent, das ihm den Wiederaufbau der Betriebswerkstätte ermöglichen könnte.

Im politischen Leben Polens haben die Industriellen nur einen bescheidenen Einfluß, aber zu ihrem Wirklichkeitssinn hat das Land Vertrauen. Und eben die polnische Industrie behauptet fortgesetzt, daß es unmöglich ist, den Okkupationsbehörden gegenüber einen festen Rechtsboden zu finden und solche Normen festzusetzen, die eine Willkür ausschließen; die polnische Industrie behauptet, daß nur Leute ohne Wirklichkeitssinn das Programm eines Bündnisses mit Deutschland aufstellen können. Die Tatsache, daß sich diese Ueberzeugung allgemein in der polnischen Gesellschaft festsetzt, ist ein Hindernis für das Programm eines deutsch-polnischen Bündnisses.

Die von uns berührte Frage ist eine politische Angelegenheit, daher bringen wir sie vor das Forum der deutschen Oeffentlichkeit.

Die Bedeutung der südwestlichen Kreise Polens für die polnische Eisenhüttenindustrie.

Aus der Denkschrift der Bergbau- und Hüttensektion der polnischen Regierung.

Die polnische Eisenhüttenindustrie macht gegenwärtig eine kritische Zeit durch — die schwerste seit den 6 Jahrhunderten ihres Bestehens. In der Schwebe ist das Schicksal — nicht nur mehrerer industrieller Anlagen mit einem investierten Kapital von vielen Millionen Mark — nicht allein von 20 000 Arbeitern, die in diesen Werken beschäftigt wurden, sondern auch das Schicksal der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des jungen polnischen Staates. Die Eisenhüttenindustrie des Königreichs war den Produktions- und Handelsbedingungen angepaßt, die sich aus der territorialen Zugehörigkeit zu Rußland ergaben, und sie wird nach der radikalen Aenderung dieser Verhältnisse in einer um so schwierigeren Lage sein, weil sie während des Krieges ungeheure unmittelbare Schäden und nicht wieder gut zu machende mittelbare Verluste erlitten hat. Trotz alledem ist die Lage nicht hoffnungslos, sofern unsere Eisenhüttenindustrie keine neuen Schläge zu ertragen haben wird. Die Bedingungen für die Entwicklung der polnischen Eisenhüttenindustrie unter zarischer Herrschaft waren doppelter Art: als günstige Bedingungen waren anzusehen der hohe Zollschutz, der gewaltige innere Absatzmarkt, die verhältnismäßige Leichtigkeit, reiches Erz zu erhalten usw. Diesem standen aber folgende ungünstige Bedingungen gegenüber: die übermächtige Konkurrenz der südrussischen Hütten, die wenig wohlwollende Behandlung der Industrie durch die russische Regierung hinsichtlich der Eisenbahntarife und der Zuweisung von Staatslieferungen, die geringe Aufnahmefähigkeit des innerpolnischen Absatzmarktes usw.

Nach dem Kriege werden zwar alle bisherigen günstigen Bedingungen verschwinden, aber andererseits werden auch alle bisherigen Hindernisse bei der Entwicklung der polnischen Eisenhüttenindustrie wegfallen. Wenn es also die polnische Hüttenindustrie verstehen wird, ihre Orientierung, was Produktion und Handel anbetrifft, schnell zu ändern, und wenn ihr ferner die angeborenen und natürlichen Existenzgrundlagen (Kohle und Erz) nicht entzogen werden, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach die gegenwärtige Krise nicht das Grab, sondern die Wiedergeburt dieser Industrie bedeuten. Zu diesem Zwecke müßte sich die Roheisenerzeugung im Königreich Polen

in erster Linie auf das heimische Erz und den eigenen inneren Absatzmarkt stützen. Bisher haben die polnischen Eisenhütten etwa 60% Kriwojroger Erze verbraucht, und zwar aus zwei Gründen:

1. weil bei der Beschickung des Hochofens eine so große Zumischung reichhaltigerer Kriwojroger Erze sich billiger kalkulierte, wie die Verwendung größerer Mengen der bedeutend ärmeren polnischen Erze,
2. weil die Produktionskosten des polnischen Roheisens, um konkurrenzfähig zu bleiben, eine gewisse durch die Selbstkosten der südrussischen Hütten bestimmte Grenze nicht überschreiten durften.

Diese beiden Ursachen werden fortfallen. Das Kriwojroger Erz stellte sich ab Grube auf 6—10 Kopeken, die Fracht dagegen betrug 10—12 Kopeken pro Pud.

Mit aller Bestimmtheit darf angenommen werden, daß sowohl der Preis des Erzes wie auch die Eisenbahnfrachtkosten zusammen um mindestens 100% steigen werden, so daß dann das Kriwojroger Erz, frei polnisches Eisenhüttenwerk angeliefert, über 40 Kopeken pro Pud kosten dürfte.

Andererseits werden auch die Förderkosten des einheimischen Eisenerzes steigen, wenn auch nicht in dem gleichen Verhältnis. Vor allem wird die Neuregelung des einheimischen Eisenerzbergbaues und seines äußeren und inneren Absatzmarktes zur Folge haben, daß die Eisenerzförderung sich bei Anwendung der modernen technischen Methoden gewaltig entwickeln wird; hieraus folgt, daß die Förderkosten sich entsprechend verringern werden.

Auch der Staat wird sich der Aufgabe unterziehen müssen, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, wodurch wiederum die Transportkosten des Erzes ab Grube vermindert werden.

Gar nicht ausgeschlossen ist es deshalb, daß das in größerer Menge verwendete einheimische Erz sich in der Verhüttung wirtschaftlicher stellen wird, wie das importierte Erz.

Was nun die andere ungünstige Ursache anbetrifft, so wird sie infolge der Zollgrenze gegen den Osten wegfallen, und mit der Produktion des angrenzenden oberschlesischen Industriebezirks wird man leichter konkurrieren können, weil die Selbstkosten der Roheisenherstellung in Oberschlesien die höchsten von ganz Deutschland sind.

Die Neuorientierung im Absatz wird darin bestehen, daß sowohl die Hüttenwerke wie überhaupt alle metallurgischen Anlagen im Königreich Polen ihre Erzeugung nach Menge und Qualität den Bedürfnissen des innerpolnischen Marktes anpassen müssen.

Der Roheisenverbrauch für den eigenen Bedarf des Königreichs war bis in die letzte Zeit sehr gering. Nach den Berechnungen von Gliwitz betrug dieser Verbrauch im Jahre 1910 kaum 1,18 Pud pro Kopf der Bevölkerung, während z. B. der deutsche Verbrauch sich in diesem Jahre auf 8,2 Pud gestellt hatte.

Der im Verhältnis zum Niveau der Zivilisation des Landes so außerordentlich geringe Roheisenverbrauch läßt sich nur durch Gründe politischer Art erklären, weil die Entwicklung des ganzen Landes durch die russischen Behörden mit vollster Absicht gehindert wurde. Nach Rückkehr normaler Zustände wird die Nachfrage nach Eisen jeder Art zweifellos vermehrt sein. Verschiedene Gründe werden hierzu beitragen, z. B. der Wiederaufbau des Landes, verschiedene Bauten in den Städten und Flecken (Kanalisationsanlagen, Wasserleitungsanlagen, Straßenbahnen usw.), Eisenbahnbau, Herstellung von Eisenbahnbedarf, Brückenbau, neue Chausseen usw. Infolge der Ausrottung der Wälder wird das Holz in sehr vielen Fällen durch Eisen ersetzt werden müssen.

Wenn man allen diesen Umständen Rechnung trägt und außerdem auch das bekannte wirtschaftliche Gesetz berücksichtigt, daß nach großen Katastrophen eine lange Epoche wirtschaftlicher Entwicklung und wirtschaftlichen Aufblühens folgt, so gelangt man zu der Ueberzeugung, daß die polnischen Hüttenwerke, die bisher für die Befriedigung des russischen Bedarfs arbeiteten, in Zukunft ihre ganze produktive Leistungsfähigkeit der Befriedigung des heimischen Bedarfes werden widmen müssen.

Die Roheisenproduktion ist aus der Tabelle auf S. 103 zu ersehen. Aus dieser Tabelle lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

Die Produktion der polnischen Hütten wird genügen, um einen Roheisenbedarf von 2 Pud

Name des Werkes	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
A. Eisenhütten in den westlichen Kreisen				(Werte in Pud)			
Huta Bankowa . .	4 338 096	4 423 293	4 114 938	4 739 273	5 002 610	6 316 123	6 730 557
Huta Czenstochowa .	3 394 363	3 055 063	2 932 980	2 637 284	5 367 302	5 263 931	6 802 423
Huta Zawiercie . .	2 962 136	1 294 664	3 290 950	3 602 660	3 964 390	4 106 276	4 079 070
Huta Katarzyna . .	1 763 990	1 995 732	1 902 978	967 173	2 223 430	2 335 200	2 265 400
Summe B	12 508 585	10 768 752	12 241 846	11 946 390	16 557 732	18 021 530	19 877 450
B. Eisenhütten in den östlichen Kreisen							
Huta Ostrowiec . .	2 469 101	233 604	317 534	2 454 447	3 421 785	4 810 786	4 471 027
Huta Starachowice .	1 561 795	976 003	—	—	—	—	—
Huta Stąporków . .	616 354	573 087	337 074	625 517	977 710	877 161	759 201
Huta Bliżyn . . .	—	—	—	—	—	—	—
Huta Chlewiska . .	87 599	281 141	269 194	274 117	203 606	235 981	163 606
Huta Niekłań . .	201 376	—	—	—	—	—	—
Huta Janów (Przysucha)	—	—	—	—	—	—	—
Summe B	4 936 225	2 063 835	923 802	3 354 081	4 603 101	5 923 928	5 663 834
Zusammen	17 444 810	12 832 587	13 165 648	15 300 471	21 160 833	23 945 458	25 541 284

pro Kopf der Bevölkerung zu decken; ein solcher Bedarf wird wahrscheinlich schon während der Uebergangszeit eintreten.

Die Roheisenerzeugung vereinigt sich in den westlichen Kreisen des Landes, in den östlichen Kreisen verschwindet sie. Die Ursachen dieser Erscheinung sind klar und natürlich: die Eisenhüttenindustrie hat die Tendenz, sich möglichst in der Nähe von Kohle und Koks anzusiedeln, und wenn sie nicht sämtliche Fabrikationsmaterialien zur Verfügung hat, so zieht sie es vor, lieber Erz zuzuführen wie Brennstoffe. Die vor Jahren in den östlichen Kreisen angelegten Eisenhüttenwerke stammen aus einer Zeit, wo man zum Schmelzprozeß nur Holz verwendete; heute haben diese Hüttenwerke keine Existenzberechtigung mehr, und soweit sie sich noch bis zum heutigen Tage erhalten haben, verdanken sie dieses lediglich dem günstigen Umstand, daß sie (z. B. Ostrowiec) in Südrußland eigene Erzgruben besaßen und aus dem importierten Erz das Roheisen für den Bedarf der eigenen Walzwerke gewannen.

Wenn das Königreich Polen seine südwestlichen Kreise verlieren sollte, so würde es damit des einzigen Terrains verlustig gehen, auf dem eine neuzeitliche Eisenhüttenindustrie überhaupt existieren kann.

In Anbetracht der zweifelhaften und auf jeden Fall ungeklärten Fragen, ob, in welchen Mengen und unter welchen Bedingungen eine Zufuhr ausländischer Erze zu den Eisenhütten des Königreichs Polen möglich sein wird, wäre noch zu untersuchen, welcher Art Erze wir im Lande haben, wo sich dieselben befinden, wie ihre Abbau- und Verbrauchsbedingungen sind und wie groß ihr vermutlicher Vorrat sein kann.

In geographischer Beziehung lassen sich unsere Eisenerze in zwei Gruppen unterteilen; die erste Gruppe bildet der westliche Teil des Königreichs Polen, die Kreise Olkusz, Czenstochowa, Wieluń, das Dombrowaer Kohlenrevier; zur zweiten Gruppe gehören die in Mittelpolen vorkommenden Erze, d. h. im nördlichen Teil des Gouvernements Kielce und im südlichen und südwestlichen Teil des Gouvernements Radom bis Tomaszów.

Die Erze der ersten Gruppe treten in der Triasformation auf und bestehen aus Brauneisenerzen, Sphärosideriten und Toneisenerzen. Die Brauneisenerze und Sphärosiderite finden sich in geringer Tiefe, die 25 m nicht übersteigt, eine

weitere Schicht von Eisenerzen findet sich darunter in einer Tiefe von 45 m.

Brauneisenerze finden sich hauptsächlich innerhalb des Dombrowaer Kohlenreviers, sie enthalten dort ca. 40% Eisen. In der Umgebung von Czenstochowa überwiegen Toneisensteinerze von 35 bis 40% Eisengehalt. Die Sphärosiderite sind dort fast schon erschöpft.

Eine durchschnittliche Analyse der Erze dieser Gruppe ergab 38% Eisen, 16% Kieselerde und 1,25% kohlensaures Mangan.

Im allgemeinen enthalten diese Erze ziemlich viel Mangan und verhältnismäßig wenig Kieselerde, sie sind darum auch leicht schmelzbar und erfordern nicht übermäßig viel Brennmaterial. Die obige Analyse bezieht sich nur auf das rohe Erz, geröstet erhöht sich der Eisengehalt bis 45 und 50%.

In der zweiten Gruppe der polnischen Eisenerze, die im Gouvernement Radom und Kielce vorkommen, lassen sich vier Hauptarten unterscheiden: Erze innerhalb der devonischen Formation, Erze, die an die triadische Bundsandsteinformation gebunden sind, Keupererze und jurassische Erze.

In den devonischen Erzen überwiegt Limonit mit einer Beimischung von Hämatit und lettigem Siderit. Der Eisengehalt ist ziemlich groß, denn er beträgt 30 bis 40%. Das Erz enthält jedoch viel Kieselerde, und zwar etwa 30%, dadurch ist es schwer schmelzbar und für eine Verhüttung im Hochofen wenig geeignet.

Die an die triadische Bundsandsteinformation gebundenen Erze sind in der Hauptsache Siderite, zum Teil Limonite; sie enthalten 30 bis 33% Eisen und sind, ebenso wie die devonischen Erze, schwer schmelzbar.

Die Keuperformation hat den größten Umfang und das verhältnismäßig am meisten eisenhaltige Erz, das stellenweise bis 25% Mangan enthält. Es sind dieses Siderite, Limonite, Brauneisenerze, stellenweise Roteisenerze, Sphärosiderite und lettige Siderite.

In der Juraformation überwiegt Brauneisenerz.

Eine Durchschnittsanalyse der polnischen Eisenerze der zweiten Gruppe ergibt etwa 34% Eisen und etwa 27% Kieselerde. Die Beimischung an Kieselerde ist jedoch sehr bedeutend, was den Wert dieser Erze sehr verringert, weil sie schwer schmelzbar sind und viel Brennmaterial erfordern.

Außer diesen Erzen gibt es in Polen noch zahlreiche Vorkommen von Rasenerzen. Wegen ihrer mannigfaltigen Zusammensetzung und großer Beimischung von Kieselerde wurden die Rasenerze in den Eisenhütten des Königreichs Polen fast gar nicht verwendet. Die chemische Zusammensetzung eines solchen Erzvorkommens in der Nähe des Dorfes Alexandrja bei Kalisch ergab im Durchschnitt 27% Eisen, 35% Kieselerde und 1,24% Mangan.

Der Vorrat an Eisenerzen im Königreich Polen ist wiederholt berechnet worden, die Ergebnisse sind jedoch durchaus verschieden. Brandenburg gibt diesen Vorrat auf 2 Milliarden Pud an, Ingenieur Kukawski auf 37 Milliarden. Andere Berechnungen bewegen sich zwischen diesen beiden Grenzen. Solche großen Differenzen in der Berechnung kommen daher, weil die Erzlager im Gouvernement Radom und Kielce nur zu einem Teil erforscht sind und das auch noch auf einem sehr geringen Raum. Alle kühneren Annahmen über das Vorkommen größerer Eisenerzvorräte in diesen Gegenden haben sehr schwankenden Untergrund, so daß man aus ihnen durchaus keine Hoffnungen herleiten kann, die polnischen Eisenhüttenanlagen mit Leichtigkeit mit Eisenerzen zu versorgen. Wir können uns lediglich auf diejenigen Erze stützen, die uns bekannt sind, und diese befinden sich in der Hauptsache im westlichen Teil des Königreiches. Die unten angeführten Zahlen zeigen, daß der größte Teil der für die Verhüttung in Polen geförderten Erze auf die westpolnischen Eisenerzgruben entfällt.

Jahreszahl	Gesamtmenge	Westpolen	Gouvernements Radom u. Kielce
	Gewichte in Puds		
1909	7 508 000	6 337 000	1 171 000
1910	10 191 000	7 725 000	2 466 000
1911	15 700 000	12 777 000	2 923 000
1912	17 941 000	13 517 000	4 421 000
1918	18 948 000	12 141 000	6 807 000

Es ist zu beachten, daß unser Eisenerzbergbau bisher auf ziemlich niedrigem Entwicklungsniveau stand. Vor dem Kriege bestand ein

Ausfuhrverbot für Eisenerz, die ganze geförderte Menge diente daher zur Versorgung der einheimischen Eisenhütten. Die Fördermenge stand darum stets in Abhängigkeit von dem Betrieb der Hochöfen, und diese wiederum waren abhängig von den Preisen des südrussischen Roheisens. Wenn bei geänderten politischen Bedingungen die Erzausfuhr freigegeben und der innere Eisenmarkt reguliert sein wird, so muß auch der Eisenerzbergbau auf neue Grundlagen gestellt werden und sich höher entwickeln; die Unternehmer werden nicht davor zurückschrecken, für moderne technische Verbesserungen Kapital aufzuwenden; der Staat selbst wird gewisse Abbaubedingungen schaffen müssen, die die Produktion vermehren und den Brennmaterialverbrauch vermindern sollen.

Also auch die Untersuchung der Eisenerzfragen führt zu dem Schluß, daß die Belassung der südwestlichen Kreise beim Königreich Polen im Interesse unserer Eisenhüttenindustrie unumgänglich ist.

Wenn die Eisenhüttenindustrie des Königreichs Polen sich in Zukunft ausschließlich oder hauptsächlich auf die eigenen Eisenerzvorkommen stützen soll, so würde der Verlust der westlichen Kreise, die den am meisten entwickelten Eisenerzbergbau beherbergen, für unsere Industrie ein tödlicher Schlag sein.

Ohne die Eisenhütten und Eisenerze in den westlichen Kreisen würde die polnische Eisenhüttenindustrie aufhören, zu existieren!

Und nicht allein die Eisenhüttenindustrie!

Wird sich das ganze Gebäude der polnischen Eisenindustrie halten können, wenn man ihm den Eckstein, die Roheisenerzeugung, nimmt? Die Antwort auf diese Frage muß in verneinendem Sinne ausfallen.

Die günstigsten Bedingungen für die Zufuhr fremder Erze können den Nutzen nicht ersetzen, der sich aus dem sogenannten „vertikalen Aufbau“ moderner metallurgischer Werke ergibt (Vereinigung sämtlicher Zweige und Grade der Produktion in einem Unternehmen), und würden in manchen Fällen die Kosten nicht decken, mit denen die Halbfabrikaterzeugung durch die wiederholte Erhitzung des Roheisens belastet werden müßte.

Wir gelangen daher zu der zweiten, sehr traurigen Schlußfolgerung, daß unsere Eisenindustrie überhaupt zum Tode verurteilt ist, wenn wir kein Roheisen mehr produzieren können.

In Anbetracht der ungeheuren wirtschaftlichen Katastrophen, die das Königreich Polen durch Verlust des Dombrowaer Kohlenreviers und der Eisenerz führenden westlichen Gegenden erleiden würde, ist wohl die Frage am Platze, welchen tatsächlichen Nutzen das Deutsche Reich von der Einverleibung dieser Territorien haben würde. Wenn es sich um die strategische Sicherung der Grenzen Deutschlands handelt, so würde ein durch die Bande poiltischer Freundschaft und Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen mit dem Deutschen Reich verbundener Randstaat sicherlich ein besserer Schutzwall sein, wie die beabsichtigte Grenzverschiebung.

Die geringe Bedeutung des Dombrowaer Kohlenreviers im Vergleich mit den deutschen Kohlenvorräten haben wir bereits in einem anderen Aufsatz nachgewiesen. (Vergl. „Polnische Blätter“ Heft 100: Das Dombrowaer Kohlenrevier und seine Bedeutung für den polnischen Staat.) Und was die Eisenerzlager in den westlichen Kreisen Polens betrifft, so wird die Abtrennung derselben vom Königreich Polen die Lösung des oberschlesischen Eisenhüttenproblems auch nicht im geringsten günstig beeinflussen können. Die polnischen Erze können die oberschlesischen Hüttenwerke nicht retten; diese Erze werden übrigens in jedem Falle zur Verfügung der oberschlesischen Eisenhütten stehen. Wenn Oberschlesien weiterhin seine Roheisenerzeugung aufrecht erhalten will, so muß es schwedische oder südrussische Erze beziehen, und es dürfte für Oberschlesien wohl keine Existenzfrage bilden, wenn es von diesen Erzen einige Prozente mehr oder weniger bezieht. Im übrigen hat sich Deutschland schon die Einfuhr südrussischer (ukrainischer) Erze gesichert und wird in dieser Hinsicht nach dem Frieden viel besser stehen, wie vor dem Kriege.

Der wirtschaftliche Nutzen, der sich also aus der Annektierung polnischer Gebietsteile ergeben würde, dürfte im allgemeinen ganz verschwinden und sehr problematisch sein.

Anders aber würden sich die Verluste Deutschlands darstellen.

Wir haben hier nur wirtschaftliche Verluste im Auge, aber auch eine Antastung des Gleichgewichtes in anderen Zweigen könnte nicht zu den Aktiven gerechnet werden.

Der deutschen Industrie wird sich im Königreich Polen erst dann ein großer und sicherer Absatzmarkt eröffnen, wenn das Königreich Polen seine eigene Industrie besitzen wird. Diese Behauptung ist durchaus nicht paradox, sondern die logische Folge der Arbeitsteilung und der Ergebnisse dieser Arbeit.

Die Entstehung einer Großindustrie jeglicher Art läßt auch neue Bedürfnisse aufkommen, die nur durch eine spezialisierte Erzeugung befriedigt werden können. Das Königreich Polen, als ein Staat mit begrenztem innerem Absatzmarkt, muß sich an der Massenerzeugung meist gebräuchlicher Typen genügen lassen und seinen ganzen Bedarf an Fabrikaten der Spezialindustrie muß es durch Einfuhr aus Deutschland decken. Dies bedeutet, daß dem deutschen Export nach Polen der am meisten gewinnbringende Teil der deutschen industriellen Produktion reserviert bleiben wird.

Der zweite Umstand, der unsere Behauptung begründet, ist, daß die Zahlungsfähigkeit des Königreichs Polen mit dem Aufhören seiner Industrie gleichfalls verschwinden würde. Ein wirtschaftliches Bündnis mit einem zahlungsunfähigen Bundesgenossen würde aber für das Deutsche Reich zu einem Hemmschuh werden.

Zum provozierenden Projekt des Herrn Cleinow.

Von Władysław Studnicki.

Schon seit längerer Zeit arbeitet Herr G. Cleinow eifrig daran, eine polnisch-deutsche Verständigung nicht zustande kommen zu lassen.

Sein Vortrag „Die Polenfrage vor der Entscheidung", den er am 2. Mai 1918 in dem „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" gehalten hat und der in Heft 19 der Zeitschrift „Grenzboten" abgedruckt war, würde, falls er zur Verbreitung in der polnischen Gesellschaft zugelassen wäre, nur zur Stärkung der deutschfeindlichen Strömung in Polen beitragen und das Mißtrauen zu Deutschland nähren. Sollte das polnische Programm des Herrn Cleinow zum polnischen Programm Deutschlands werden, so gäbe es in Polen keinen Platz für eine Partei, die eine polnisch-deutsche Annäherung anstrebt, und die Polen würden, entgegen ihren Traditionen, in das panslawistische Lager getrieben werden.

Das Programm des Herrn Cleinow will ein schwaches Polen schaffen, das unfähig sein soll, eine selbständige Macht zu bilden.

Herr Cleinow will von Polen abtrennen:

1. den Industriebezirk von Dombrowa,
2. das Land zwischen der Warthe und der schlesischen Grenze,
3. das Land nordwestlich vom Wartheknie bei Koło bis zur Weichsel, westlich von Włocławek,
4. das Land nördlich von der Weichsel und vom Bug ohne Płock und ohne Modlin bis Bjelsk und Pruschany an der ukrainischen Grenze, mit Einschluß von Białystok und Grodno mit dem ganzen Gouvernement Suwałki.

Diese von Polen abzutrennenden Länder werden nach Angaben des Herrn Cleinow von 1½ Millionen Polen, 15 000 Juden und 150 000 Deutschen bewohnt.

Der Kreis Białystok darf nach Herrn Cleinow auch nicht zu Polen gehören, sondern sollte durch litauische Juden kolonisiert werden, damit Polen von Litauen getrennt werde.

Die Stadt Wilno und das östlich von ihr liegende Land soll wegen des dortigen starken Prozentsatzes eines kräftigen Polentums an Rußland zurückgegeben werden.

Und nun soll in Polen, nach allen diesen Abtrennungen, auch die polnische Industrie nicht wieder aufgebaut werden, und zwar wegen der Aufrechterhaltung guter nachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, weil, nach Ansicht des Herrn Cleinow, die Entstehung einer

Exportindustrie in Polen auch einen polnisch-deutschen Gegensatz hervorgerufen hatte.

Polen soll jedoch nach Herrn Cleinow wirtschaftlich wieder aufblühen, und zwar dank der Entwicklung seiner Landwirtschaft und dank der Entstehung eines wohlhabenden Bauernstandes.

Der Plan des Herrn Cleinow ist eine Utopie. Zunächst ist es unmöglich, in dem landwirtschaftlich übervölkerten Polen, das eine 1½mal dichtere landwirtschaftliche Bevölkerung besitzt wie Deutschland, einen wohlhabenden Bauernstand zu schaffen, wenn von diesem Polen seine Westmarken abgetrennt werden.

Aber nicht darin allein besteht die Utopie des Herrn Cleinow.

Die kolonisatorische Rolle der Juden im Bezirk Białystok, zwecks Abgrenzung der Länder des Großfürstentums Litauen von Polen, kann unmöglich irgendwelche günstigen Chancen auf Erfolg haben, denn die Umbildung und Umformung einer Bevölkerung mit städtischen Gewohnheiten in eine landwirtschaftliche Bevölkerung bietet geradezu ein Riesenhindernis. Die Juden z. B. in den Vereinigten Staaten zeigen ungefähr die gleiche Berufsstruktur wie in Polen, trotzdem ergab die Tätigkeit der mit ungeheuren finanziellen Mitteln arbeitenden jüdischen Kolonisationsgesellschaft ganz unbedeutende Resultate.

Herr Cleinow will ¼ Million deutscher Kolonisten aus Polen und Rußland umsiedeln, um das Königreich Polen von Deutschland abzugrenzen, d. h. eigentlich, um die in Polen nach seinem Vorschlag neu zu annektierenden Länder von den sprachlich gemischten östlichen Provinzen Preußens abzugrenzen. Herr Cleinow hat selbst in seinem Vortrage die Assimilationsfähigkeit der deutschen Kolonisten in Polen erwähnt, und nun sollen diese polonisierten Deutschen zu einem in die polnische Bevölkerung eingetriebenen Keil werden. Die Rechnung, die die deutschen Kolonisten in Rußland als geeignetes Material zur Besiedelung der historischen und ethnographischen Provinzen Polens ansieht, ist falsch; die deutschen Kolonisten in Rußland haben eine besonders fruchtbare Siedlungsgegend gewählt und wohnen sowohl in dem Gouvernement Jekaterinoslaw wie Cherson, Saratow und Samara in einer wenig bevölkerten Gegend mit extensiver Bodenkultur. Alles dieses macht sie für die Kolonisierung dichter bevölkerter und weniger fruchtbarer Landstriche ungeeignet. Herr Cleinow schlägt vor, in den zu annektierenden polnischen Ländern das Enteignungsrecht auf allen Bodenbesitz über 250 Hektar, das Erstkaufsrecht und derartige Mittel zur Bekämpfung des polnischen Grundbesitzes einzuführen, will ferner der Bevölkerung dieser neuen Provinzen das politische aktive Wahlrecht zur Volksvertretung nehmen, ist aber so gütig, dieser Bevölkerung während der ersten 50 Jahre eine Vertretung im Parlament auf Grund von Ernennungen zu gewähren. Herr Cleinow vergißt bei allen diesen seinen Projekten vollständig, daß Preußen am Vorabend nicht einer Rückentwicklung, sondern eines Fortschrittes seiner politischen Verfassung steht, und daß es in seinem Parlament keine ernannten Mitglieder dulden würde. Aber nicht genug daran: Deutschland und Preußen, von berechtigtem Nationalstolz erfüllt, würden nie darin einwilligen, daß der deutsche oder preußische Staat zu einem Gefängnis werden soll für 1½ Millionen Polen, die dem deutschen Staatswesen fremd gegenüberstehen und sich ihm nicht so anpassen könnten, wie sich die Polen aus Posen oder Westpreußen dem Staatsorganismus Deutschlands und Preußens angepaßt haben.

Die neuen Erwerbungen in Polen, selbst wenn sie von Polen durch einen Gürtel deutscher Kolonien abgegrenzt sein sollten, würden doch den geistigen Kontakt mit der polnischen Heimat nicht verlieren, würden ein Aufruhrherd sein und müßten, trotz der eventuellen Abgrenzung durch einen Gürtel deutscher Kolonien von der polnischen Bevölkerung in Posen, Ost- und Westpreußen, auf diese letztere einwirken, ihr polnisches Nationalgefühl anfachen und dort eine polnische Irredenta erwecken; alles dieses würde zu neuen Ausnahmegesetzen, Erweiterung der Willkürmacht der Verwaltungsbehörden usw. führen und zwischen den Regierten und Regierenden Beziehungen herausbilden, die die politische Entwicklung Deutschlands ungünstig beeinflussen müßten.

Die von Herrn Cleinow vorgeschlagene Abgrenzung der neuen Landerwerbungen in Polen von den früheren oder von Polen selbst durch einen Gürtel deutscher Kolonisten, oder Polens von Litauen durch einen Gürtel jüdischer Ko-

lonisten, ist ein geradezu kindlich naiver Gedanke; es kann gar keine Rede davon sein, daß dies die polnischen Einflüsse paralysieren könnte, weil eine einstündige oder zweistündige Eisenbahnfahrt keine Schwierigkeiten bietet, um den Austausch psychischer und materieller Güter zu verhindern.

Herr Cleinow schlägt keine Mittel zur Lösung der polnischen Frage vor, sondern Mittel zur Aufhetzung des polnischen Volkes. Und er gibt doch selbst zu, daß die polnische Frage die innere und äußere Politik Preußen-Deutschlands tief beeinflußt, ebenso auch die Arbeiterfrage und die inneren kulturellen Probleme, die preußische Verfassungsfrage, das Verhältnis Deutschlands zu den nach dem Zerfall Rußlands entstandenen Randstaaten, die nach dem Kriege doch den östlichen Schutzwall bilden sollen, und schließlich das Bundesverhältnis zu Oesterreich-Ungarn.

Wenn wir nun das polnische Problem in der vorstehenden Weise aufstellen, so dürfte es von Wert sein, zu untersuchen, wie die Lösung der polnischen Frage nach dem Programm des Herrn Cleinow alle oben erwähnten Aufgaben der preußisch-deutschen Politik beeinflussen würde.

Die Schaffung eines polnischen Staates mit dem abgetrennten Industrierevier von Dombrowa und ohne die früheren polnischen Ostmarken, also eines Polens, das Herr Cleinow als rein landwirtschaftliches Land sehen möchte, würde eine ungeheuere Einwanderung polnischer Arbeiter nach Deutschland und Frankreich hervorrufen. Die polnische Einwanderung nach Deutschland würde hier einen polnischen fünften Stand hervorrufen, der für eine friedliche Entwicklung der Arbeiterfragen in Deutschland sehr schädlich wäre, während die polnische Einwanderung nach Frankreich diesem Staate ein Menschenmaterial liefern würde, das ihm zur Wiederherstellung seiner Kräfte sehr willkommen wäre und aus Frankreich wiederum einen gefährlichen Gegner des Deutschen Reiches machen müßte.

Die polnische Industrie hat nicht, wie Herr Cleinow meint, den polnisch-deutschen Antagonismus genährt, sondern im Gegenteil, sie war und kann auch in Zukunft wieder ein für den deutschen Einfluß in Polen günstiger Faktor sein. Die polnische Industrie hat deutschen Bankkredit in Anspruch genommen, was sowohl nach Ansicht des russischen Professors Janshul wie des deutschen Nationalökonomen Schultze-Gävernitz, der polnischen Industrie ein Uebergewicht über die Industrie Rußlands gab; die polnische Industrie hat ferner Produkte der deutschen chemischen Industrie verwendet, z. B. Farben, und hat alle überseeischen Rohstoffe: Baumwolle, Wolle, Kipse, Gerbstoffe und dergleichen, via Hamburg durch Vermittlung der großen deutschen Exporteure bezogen. Nach dem Kriege wird die polnische Industrie wiederum durch Vermittlung der deutschen Exporteure Verbindung mit dem außereuropäischen Markt suchen. Die polnische Industrie hat sich auf die Herstellung billiger Waren eingestellt, die für primitivere Märkte geeignet sind, z. B. stellte das Königreich Polen ca. 40 000 Tonnen grobe Baumwollwaren her, während in Deutschland diese Produktion nur 700 Tonnen war. Sowohl hier wie in manchen anderen Zweigen der polnischen und deutschen Industrie tritt in erster Linie nicht das Moment des Wettbewerbes, sondern der Arbeitsteilung und der Vereinigung der Kräfte hervor.

Die deutsche Industrie, soweit sie nicht aus ihrer natürlichen Bevölkerungsbasis herauswachsen sollte (ein solches Herauswachsen ist wohl günstig für die Industriellen, aber schädlich für das Volk selbst), wird sich auch nach anderen Ländern abzweigen; diese Länder müssen mit Deutschland politisch verbunden sein, denn nur das sichert die Unantastbarkeit der deutschen Kapitalien und verhindert das Entstehen einer deutschfeindlichen Macht. Ein solches Land könnte in erster Linie Polen sein. Solche Länder stärken die internationale Stellung Deutschlands und erleichtern ihm die Aufrechterhaltung seiner Zahlungsbilanz.

Herr Cleinow stellt an die erste Stelle die Frage der sogenannten deutschen Ostmarken. Auf die Verschiebung des Prozentsatzes der polnischen und deutschen Bevölkerung war die Aufmerksamkeit zuerst der deutschen und dann der polnischen Nation gerichtet, sehr zum Schaden mancher ungleich wichtigeren Angelegenheiten. Ein übervölkertes Polen wird auf den deutschen Ostmarken lasten, während ein im Osten nicht behindertes Polen die polnische Bevölkerung von Westen nach Osten ziehen wird. Je mehr das Dasein des polni-

schen Staates Bewußtsein und Nationalgefühl der Posener Polen stärken wird, desto mehr wird es sie nach den in Kolonisierung begriffenen Ostmarken ziehen. Kein Volk in Europa braucht so dringend Kolonisationsland und ist zur landwirtschaftlichen Kolonisation so fähig, wie die Polen, eben wegen der landwirtschaftlichen Uebervölkerung Polens. In dem polnischen Staate nach dem Kriege, ohne irgendwelche Verkleinerungen im Westen, wird kein wirtschaftlicher Entwicklungsprozeß soviel Energie verschlingen, wie die innere Kolonisation der polnischen Ostmarken. Eben dieser Prozeß wird auch die Posener Polen ergreifen. Für Deutschland erfordert die Lösung seiner Ostmarkenfragen eine ganz andere Gestaltung der polnischen Grenzen, nicht die, die Herr Cleinow empfiehlt.

Die polnische Frage hat ihre Bedeutungen für die preußische Verfassung, sagt Herr Cleinow mit vollem Recht. Weil der polnische Besitzstand in den preußischen Ostmarken der Demokratisierung der preußischen Verfassung im Wege steht, will wohl der Herr Cleinow Preußen durch weitere 1½ Millionen Polen belasten! Aber das Versprechen des deutschen Kaisers, das sich mit den Wünschen der deutschen Massen deckt, bedeutet wohl mehr wie die Bestrebungen einer Klique, deren Interessen Herr Cleinow zum Ausdruck bringt. Es unterliegt gar keinem Zweifel mehr, daß Preußen sich demokratisiert; die infolge des früheren Kräfteverhältnisses im preußischen Landtag möglich gewesene antipolnische Politik muß notwendigerweise zugunsten der Polen modifiziert werden; aber wird dieses nicht auch der deutschen Bevölkerung in Posen, Westpreußen und Schlesien Nutzen bringen? Dort, wo der nationale Besitzstand nicht angegriffen wird, hört seine Verteidigung, das Streben nach Einhaltung seines bisherigen Umfanges auch auf, nationale Ehrensache zu sein, und der Prozeß einer langsamen freiwilligen Assimilierung setzt ein.

Die Ansicht von Łempicki, daß die polnisch-deutsche Verständigung die Liquidierung der antipolnischen Politik in Posen bedeutet, hält Herr Cleinow für den polnischerseits ausgedrückten Wunsch nach einem Waffenstillstand, um in der Zukunft das Posener Land wiederzuerlangen. Die polnisch-deutsche Verständigung ist für beide Seiten, sowohl für Polen wie für Deutschland, viel wichtiger, wie die Einhaltung oder Stärkung des polnischen oder deutschen Besitzstandes in Posen. Nicht die Frage des Posener Landes oder anderer sprachlich gemischter Provinzen wird für die Gestaltung der polnisch-deutschen Beziehungen entscheidend sein, sondern eine solche Regulierung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Polen und dem Deutschen Reich, daß dadurch den Lebensinteressen beider Seiten entsprochen wird; und das wird auch das weitere Zusammenleben des polnischen und des deutschen Elementes beeinflussen.

Der grundsätzliche Irrtum in der Auffassung der polnischen Frage seitens des Herrn Cleinow besteht darin, daß für Herrn Cleinow das polnische Problem mit dem polnisch-deutschen Kampf um den Besitz der sogenannten Ostmark gleichbedeutend ist.

Das Posener Land hat weder wegen seiner geographischen Lage noch wegen seines Umfanges von 28 900 qkm irgendwelche besondere Bedeutung für Polen, wenn sich auch historische Erinnerungen daran knüpfen und zwei Drittel der Bevölkerung polnisch sind. Für Deutschland hat Posen eine höchst wichtige Bedeutung. In wirtschaftlicher Hinsicht neigt Posen zu Berlin, und der blühende Zustand des ländlichen Besitzes in der Provinz Posen ist durch die Nähe Berlins bedingt.

West- und Ostpreußen haben in geographischer Hinsicht für Polen Bedeutung; sie geben ihm die Weichsel als strategische Stützlinie und den Ausgang zur See. Aber Ostpreußen ist zu neun Zehnteln deutsch, und nur ein Zehntel der Bevölkerung ist dort polnisch. Westpreußen hat doppelt so viel deutsche Bevölkerung wie polnische. Diese Provinzen würden sich, ganz abgesehen von der Möglichkeit ihrer Wiedererlangung, unmöglich bei Polen halten lassen. Sollte irgendeine geschichtliche Katastrophe Deutschland treffen und diese Provinzen Polen zuteilen, so würde dadurch Polen außenpolitisch und militärisch sich an Rußland anlehnen müssen, in der inneren Politik müßte es ganz in dem inneren polnisch-deutschen Kampf um diese beiden Provinzen aufgehen und die undankbare Rolle der

Unterdrückung einer höheren Kultur auf sich nehmen.

Ein gegen Osten gerichtetes Polen wäre dagegen selber Träger einer höheren Kultur. Bei Untersuchung der Nationalitätenverhältnisse eines Landes muß man den Gattungswert jeder einzelnen Völkerschaft in Rechnung ziehen. Dieser Gattungswert wird bestimmt durch den Grad des Wohlstandes, die soziale Stellung, die geistige Entwicklung, die Arbeitskultur usw. Wenn man nun den Gattungswert eines Polen als eine Einheit auffaßt, des Deutschen als 2, des Litauers als ½, des Ukrainers als ⅓ und des Weißrussen als ⅕, so gelangt man zu sehr guten Vergleichsmaßstäben. Hiernach kann man die polnischen Ostmarken, selbst wenn sie nur ¼ polnischer Bevölkerung aufweisen, als mehr polnisch ansehen wie z. B. irgendeinen westpreußischen Kreis mit 50% polnischer Bevölkerung. Ein im Osten nicht behindertes Polen kann ein bedeutend lebensfähigerer Organismus sein, wie ein Polen mit seinen früheren Westmarken. Ein Polen sowohl mit seinen Ost- und Westmarken ist eine Unmöglichkeit und ließe sich auch gar nicht halten, weil es zu einer russisch-deutschen Verständigung und neuen Teilungsprojekten führen müßte.

Für die breite öffentliche Meinung in Polen sind das zwar etwas rücksichtslose Wahrheiten; diese polnische öffentliche Meinung kann diese Wahrheiten zwar anerkennen, will sie aber nicht aussprechen. Der Neoslawismus in den Jahren 1908—1912 hat auf das Chełmer Land, Litauen, Weißrußland und Ostgalizien durchaus nicht verzichtet, und Herr Cleinow ist im Irrtum, wenn er das behauptet. Die galizischen Nationaldemokraten waren eine Partei, die den polnischen Besitzstand in Ostgalizien am meisten energisch verteidigte. Ihre Stellungnahme gegen Oesterreich hatte ihre Ursachen in den Konzessionen, die zuungunsten des polnischen Besitzstandes den Ukrainern gewährt wurden. Eine Konsequenz des Neoslawismus sollte auch der tatsächliche Verzicht zugunsten Rußlands auf die strittigen Gebiete sein. Eben wegen dieser möglichen Konsequenzen war der Neoslawismus unpopulär, und Dmowski war gezwungen, sein Dumamandat im Jahre 1909 niederzulegen und wurde dann im Jahre 1913 nicht mehr wiedergewählt, weil er sich mit dem Neoslawismus zu sehr eingelassen hatte. Nur durch den Antisemitismus und die antipolnischen Ausnahmegesetze in Preußen konnte sich die Nationaldemokratie im Königreich Polen behaupten.

Die öffentliche Meinung in Polen hat während der langen Jahre der politischen Unterdrückung, wo es oft keinen Ausweg mehr zu geben schien, die polnische Frage mehr religiös wie real aufgefaßt: wir verzichten auf nichts, wir entsagen nichts, die Restitution Polens wird kommen im Namen der göttlichen Gerechtigkeit. Es war dies ein Balsam gegen den Schmerz der Sklavenketten, er konservierte die Nation während der kritischen Zeit, aber er hat Gewohnheiten hervorgebracht, die es den polnischen Politikern heute erschweren, die polnische Frage real aufzufassen. Hier kommt nicht einmal der Mangel an Verständnis für die Sache in Frage, sondern mehr das Fehlen von Zivilcourage, die Scheu davor, auf den schmerzenden nationalen Nerv zu drücken. Wozu soll er auch gedrückt werden! Die polnische Nation sollte nur in objektive nüchterne Verhältnisse gebracht werden, die den Wunsch nach einem Bündnis mit Deutschland hervorrufen; die Konsequenz wird sein, daß die Polen schmerzlos auf strittige Provinzen, die seit hundert Jahren deutscher Besitzstand sind, verzichten werden. Das polnisch-deutsche Bündnis darf jedoch nicht zu sehr mit Hypotheken, darf vor allen Dingen nicht mit neuen Annexionen in Polen belastet werden.

Herr Cleinow sieht die Quelle der polnischen Abneigung gegen Deutschland darin, daß das polnische Volk zu seiner Stärkung einen nationalen Bürgerstand braucht, den nur Posen, Westpreußen

und Schlesien liefern kann, und schreibt dann weiter:

„In der preußischen Ostmark ist nach Abwanderung der Juden aus den Städten ein stärkerer polnischer Mittelstand geworden, als er vor Ausbruch des Krieges in Russisch-Polen vorhanden gewesen. Der polnische Mittelstand Rußlands befindet sich in Litauen, in der industriellen Ukraina und in den Großstädten Moskowiens. Im Weichselgebiet ist der Boden für die Bildung eines Mittelstandes durch den Krieg und den Friedensvertrag mit Rußland erheblich verschlechtert worden. Die Lodzer Industrie, derer sich das Polentum in immer stärkerem Maße bemächtigte, ist tot und dürfte nur unter künstlich zu schaffenden Voraussetzungen neu entstehen. So ist die Vereinigung der preußischen Provinzen Westpreußen, Posen, Schlesien mit Russisch-Polen nicht nur das Ziel der Romantiker und Träger der großstaatlichen Piastenidee, sondern eine nüchterne Forderung aller der modernen Polen, die auf dem Boden des Programms vom inneren Wiederaufbau der Nation stehen."

Herr Cleinow erkennt also selbst an, daß ein polnischer Mittelstand in Litauen und Ruthenien besteht. Warum sollte daher Polen, um den polnischen Mittelstand zahlenmäßig zu stärken, nicht nach den früheren Ostmarken des polnischen Staates streben, statt nach seinen Westmarken? Wo hat übrigens Herr Cleinow einen polnischen Mittelstand in Schlesien entdeckt? Der Regierungsbezirk Oppeln hat eine polnische Bevölkerung von Landleuten und Arbeitern, die einen Bauerndialekt, das sogenannte Wasserpolnisch, sprechen. Eignen sich vielleicht die westpreußischen Städte, z. B. Danzig mit seinen 2% polnischer Bevölkerung, zur Stärkung des polnischen Mittelstandes? Die industriellen Mittelpunkte im Königreich Polen brachten einen zahlreichen Mittelstand hervor, nicht selbständige Unternehmer, sondern Ingenieure, Techniker, Fabrikangestellte usw. Dieser Mittelstand überragt sowohl zahlenmäßig wie auch nach Bildungsniveau den Mittelstand in Posen. Herr Cleinow verurteilt in einem anderen Absatz seines Artikels die polnische Industrie zum Tode und meint, daß diese Industrie, angesichts der neuen Bedingungen, angesichts der Abtrennung Polens von Rußland, sich nicht wird erhalten können. Herr Cleinow verspricht sich davon eine Abschwächung des polnisch-deutschen Antagonismus. Aber die Lodzer Industrie dürfte genügend Lebensfähigkeit besitzen, um eine Veränderung der politischen Bedingungen selbst nach einer Zeit des Raubbaues, d. h. nach der Okkupation, zu ertragen. Sie ist genügend alt, um ein schon amortisiertes Kapital zu besitzen, und noch so jung, daß ihre Organisation auch in Zukunft nicht versagen wird. Der Bolschewismus hat die russische Industrie derart ruiniert, daß ihre Wiederherstellung mehr Zeit erfordern wird, wie die Wiederherstellung der polnischen Industrie; auf keinen Fall wird Rußland ohne die Lodzer Waren, die sich dem russischen Absatzmarkt so ausgezeichnet angepaßt haben, auskommen können. Im übrigen wird die polnische Industrie, wie wir schon erwähnt haben, auch durch Vermittlung der deutschen Exporthäuser in den überseeischen Ländern Absatz finden können, während die deutsche Industrie die polnischen Handelsbeziehungen zur besseren Ausnützung des Ostens verwerten kann.

Objektive Bedingungen sind, entgegen der Ansicht des Herrn Cleinow, für einen polnisch-deutschen Antagonismus nicht vorhanden, aber sie könnten wohl durch die Bemühungen des Herrn Cleinow und ihm Gleichgesinnter zum Schaden für beide Teile herbeigeführt werden.

Ein nach dem Vorschlag des Herrn Cleinow durch Annexionen im Westen und Osten geschädigtes Polen müßte notgedrungen zu einer Vormacht des Panslawismus werden.

Die Judenfrage im Königreich Polen.

Von Józef Waserzug.

(Fortsetzung.)

Kapitel II.

Vor dem Kriege.

Die russische Herrschaft. Der Ansiedlungsrayon. Die Prozentnorm. Die Statistik. Die wirtschaftliche Seite der Judenfrage. Die kulturelle und politische Seite der Judenfrage. Die Einflüsse der russischen Juden. Der jüdische Nationalismus.

Wenn man den Stand der Judenfrage im Königreich Polen untersuchen will, so darf man vor allen Dingen nicht außer acht lassen, daß der einzige gesetzliche Regulator des gesamten sozialen Lebens hier die russische Regierung war. Die polnische Nation hatte auf die rechtliche Lage der Juden gar keinen Einfluß. Und ebenso wurde auch die Entstehung der entsprechenden Stimmungen in den polnisch-jüdischen Beziehungen vor allen Dingen durch die russische Politik beeinflußt, die bewußt die beiden Zweige des Volkes veruneinigen wollte. „Alles“ — schreibt vollkommen richtig Rechtsanwalt M. Korenfeld, einer der polnisch-jüdischen Politiker —, „was man nur ausdenken konnte, um den Juden, den eingeborenen Bewohner des Landes, der auf Grund des Zivilkodex des Königreichs Polen und auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1862 im Genuß aller bürgerlichen Rechte gleichgestellt war, zu benachteiligen, auszusondern, und um diesen polnischen, von den russischen Rechtsnormen grundsätzlich verschiedenen Gesetzen die reale Grundlage zu nehmen, tat die russische Regierung, und allen Bemühungen zur Annäherung der Juden an die allgemeine Landeskultur hat diese russische Regierung auf das allereifrigste entgegengewirkt.“

Die von der russischen Regierung eingeführte wichtigste Beschränkung war die jüdische Prozentnorm in den Schulen und in der Universität. Auf diese Weise wurde der kulturelle Assimilationsprozeß verhindert. In allen konfessionellen Schulen der jüdischen Gemeinden war der Unterricht der polnischen Sprache lange Jahre hindurch verboten. Die wiederholten Bemühungen der Verwaltungen dieser Gemeinden blieben vergeblich und erreichten die Aufhebung des Verbotes des polnischen Unterrichts nicht. Der russischen Regierung lag es daran, alle jüdischen Besonderheiten zu erhalten, aber nicht etwa darum, um die Entwicklung der jüdischen Kultur zu pflegen, denn die Juden selbst wurden aufs grausamste verfolgt, sondern um in dem polnischen Volk entschiedene separatistische Tendenzen zu erhalten, und um beide Teile leichter gegeneinander ausspielen zu können. Es ist ja bekannt, daß die Durchführung einer solchen Politik um so leichter ist, je stärker die Absonderungstendenzen unter den beiden miteinander zusammenlebenden Bevölkerungselementen auftreten.

Der am meisten ungünstige Faktor, der die Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen und die polnisch-jüdischen Beziehungen so unheilvoll beeinflußte, war jener bekannte, durch lange Jahrzehnte hindurch erhaltene „Ansiedlungsrayon der Juden im ehemaligen russischen Kaiserreich“. Es war dies der stärkste Bindezement des finsteren und in der Entwicklung zurückgebliebenen „Ghettos“ in den geraubten Ländern der ehemaligen polnischen Republik. Weißruthenien, Litauen, die Ukraina und das Königreich Polen waren diejenigen Territorien, deren Grenzen die Juden nicht überschreiten durften. Millionen von Juden wurden so in enge städtische Zentren auf diesen Gebieten gedrängt, bildeten dort eine besondere Welt, unfähig zu einer geregelten kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung und unfähig zum normalen wirtschaftlichen Leben. Elend und Bildungslosigkeit verbanden sich hier mit abgelebten Formen des Handels und überhaupt sämtlicher Berufszweige. Außerdem machte jener „Ansiedlungsrayon“ den Auswanderungsprozeß unmöglich, der doch der unumgängliche Regulator des wirtschaftlichen Lebens ist.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß nirgends in Europa ein so großer Prozentsatz jüdischer Bevölkerung vorhanden war und ist, wie im Königreich Polen. In England 0,68%, in Frankreich 0,19%, in Belgien 0,06%, in Deutschland 1%, in Rumänien 3,78%, in Rußland 4,1% und im Königreich Polen 14%; im ganzen leben im Königreich Polen 1 800 000 Juden, in der Hauptsache in den

Städten zusammengedrängt. Allein in den Gouvernementsstädten des Königreichs Polen wohnen 34—55% Juden, und in einer Reihe von Kreisstädten übersteigt dieser Prozentsatz sogar 60%.

Kein Volk in Europa hat es mit einer solchen Zusammendrängung eines gänzlich abgesonderten und nicht assimilierten Elementes zu tun. Kein Volk hat auch in dieser Hinsicht so große Schwierigkeiten zu überwinden, um den nationalen Charakter des Landes aufrechtzuerhalten. Und auch die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen waren dem Assimilierungsprozeß dieses besonderen und im hohen Grade fremden Elementes nicht günstig.

Wir wollen einmal die grundsätzliche Charakteristik dieser Bedingungen untersuchen und zunächst die wirtschaftlichen Faktoren ins Auge fassen. Diese letzteren bilden eben die Hauptgrundlage, die in allererster Linie die Gestaltung der polnisch-jüdischen Beziehungen entscheidet. Die in den engen Rahmen des Ansiedlungsrayons gezwängten und außerdem fast ausschließlich in Städten und Flecken wohnenden Juden bilden in der Hauptsache ein kleinbürgerliches Element, das sich mit Handlungsvermittlungsgeschäften und Ladendetailhandel beschäftigt; sie sind also ein am wenigsten produktiver Faktor. Erst in den letzten Jahren beginnen die Juden sich auch der produktiven fabrikmäßigen und Handwerkertätigkeit zuzuwenden, aber ihre bedeutende Mehrheit steckt noch im Kleinhandel. Dieser Handel wird von Jahr zu Jahr den neuzeitlichen Formen des wirtschaftlichen Lebens angepaßt. Die Entwicklung dieses Lebens im Königreich Polen muß notwendigerweise das jüdische Element aus seiner bisherigen Position verdrängen, muß diese Position vernichten, weil sie nicht mehr widerstandsfähig sein kann gegen den Ansturm der neuen Zeit und der neuen Lebensbedingungen.

In der politisch-wirtschaftlichen polnischen Literatur ist diese Erscheinung bereits in höchst ernster Weise und allseitig untersucht worden. Aufs gründlichste aufgeklärt worden ist eines jener Probleme, das man gut verstehen muß, wenn man sich über die polnisch-jüdischen Beziehungen eine zutreffende und objektive Ansicht bilden will, nämlich: warum und in welchem Grade muß die wirtschaftliche Entwicklung im Königreich Polen bei der bisherigen Gestalt der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Lage der jüdischen Bevölkerung in ungünstiger Weise einwirken, und zwar ganz ohne Rücksicht auf diesen oder jenen Einfluß antisemitischer Strömungen? Rein politische Losungen, Boykott-Losungen, sind nur ein vorübergehender, stimmungsmäßiger und etwas greller Ausdruck gewisser wirklich vorhandener wirtschaftlicher Tendenzen, die den Interessen des Kleinhandels und des Detailvermittlungsgeschäftes widersprechen.

Diesen Zweig beherrschen in erster Linie die Juden, und daher hat dieser wirtschaftliche Prozeß antisemitischen Charakter angenommen.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte im Westen eine sehr intensive genossenschaftliche Bewegung ein, die dann in so hohem Grade die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens beeinflußt hatte. Im Königreich Polen setzte diese Bewegung erst später ein und begann eigentlich erst vor einer Reihe von Jahren. Es entstand eine Reihe genossenschaftlicher Organisationen, Hunderte von Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden ins Leben gerufen, die insgesamt in erster Linie dem Kleinhandel die Existenz abschnitten, also die Existenz der jüdischen Massen.

„Nicht darum" — schreibt der bekannte polnische Publizist Josef Lange mit Recht*) —, „weil es Juden sind, nicht wegen ihres Separatismus und ethnischer Besonderheit, sondern weil sie in der überwiegenden Zahl Kleinhändler und Vermittler sind, weil die Umwälzung in dem wirtschaftlichen Leben Polens so plötzlich kam als Folge der Revolutionsbewegung. In den westlichen Ländern geschah diese Umformung des wirtschaftlichen Lebens langsam und allmählich. Bei uns schlug sie bei den Juden ein wie mit einer Keule. Von heute auf morgen sollten diese armen, durch Konfession und Sitten von der Nation getrennten Massen sich den neuen Bedingungen anpassen und die bisher eingenommenen Positionen als entbehrlich aufgeben. Wenn das polnische Leben sich normal entwickelt hätte, wenn die schöpferische Energie der Nation während der langen

*) Die jüdische Frage als wirtschaftliches Problem. Warschau 1914.

vergangenen Jahre einen natürlichen Ausweg gehabt hätte, wenn die Umformung des polnischen wirtschaftlichen Lebens in Form einer Evolution, nicht Revolution, vor sich gegangen wäre, so hätten sich auch die Juden allmählich den neuen Bedingungen angepaßt. Die genossenschaftliche Entwicklung — schreibt weiter der gleiche Verfasser — als notwendige Folge der wirtschaftlichen Organisation des Volkes einerseits und der vergrößerte Wettbewerb in denjenigen Berufszweigen, die den Juden offenstanden, als notwendige Bedingungen der Bevölkerungszunahme andererseits, stellten die Juden in eine geradezu fatale wirtschaftliche Lage. In einer gewissen Hinsicht geschah dieses plötzlich und fand die Juden vollständig unvorbereitet. Wie immer in solchen Fällen, wo zwei ethnisch verschiedene Elemente das gleiche Gebiet bewohnen, wurden hier die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den politischen Boden übertragen. Den Juden erschien die genossenschaftliche Bewegung und der Zustrom des polnischen Elementes in die Städte gewissermaßen als Attentat auf ihre Rechte, andererseits wieder versuchte die antisemitische Strömung aus dieser Bewegung ein Werkzeug für ihre Ziele zu machen. Man muß aber bemerken, daß die Schöpfer und Hauptleiter der genossenschaftlichen Bewegung im Königreich Polen den Losungen entgegenwirkten, die den jüdischen Kleinhandel und die jüdische Vermittlung beseitigen wollten, nur um an ihre Stelle einen christlichen Kleinhandel und eine christliche Geschäftsvermittlung zu setzen. Die genossenschaftliche Bewegung war nämlich auch gegen die Interessen dieser letzteren gerichtet.

Den Juden verblieben zwei Auswege aus der Lage, die sich so gebildet hatte: einerseits eine erhöhte Auswanderung, andererseits die Aufnahme der produktiven Arbeit.

Die Auswanderung selbst kann dieses Problem im ganzen natürlich nicht lösen. Wie aus der gesamten Statistik der letzten Jahre zu ersehen ist, wandert in erster Linie der jüdische Handwerker aus, nicht der Kleinhändler, der in den anderen Ländern weder Garantien für seine Existenz finden kann, noch das entsprechende Kapital besitzt. Der Handwerker dagegen findet überall seinen Verdienst.

Die jüdischen Massen auf das Feld der produktiven Arbeit, der handwerksmäßigen und Fabriktätigkeit zu lenken, erfordert gleichfalls viel Zeit. Dieser Prozeß kann nicht von heute auf morgen stattfinden und außerdem stehen ihm gewisse, in den Sitten und Gewohnheiten beruhende Hindernisse im Wege. Und hier berühren wir die kulturelle Seite der jüdischen Frage, die aufs engste mit der wirtschaftlichen Seite des ganzen Problems zusammenhängt.

In wirtschaftlicher Hinsicht bilden die Sittenbesonderheiten der polnischen Juden einen für diese höchst ungünstigen Faktor. Der Uebergang zur Fabriktätigkeit, deren Organisation sich zwei wöchentlichen Ruhetagen der christlichen und jüdischen Arbeiter nicht anpassen läßt, wird durch das Feiern des Sonnabends erschwert und meistens unmöglich gemacht. Ein großes Hindernis sind hier auch äußere Besonderheiten, z. B. die Kleidung, die ihnen einen fremden Stempel aufprägt. Schließlich ihr für die Polen unverständlicher Jargon. Zum Schluß wäre auch noch ihre besondere rituelle Küche zu erwähnen. Alle diese Besonderheiten verhindern den natürlichen Zufluß jüdischer Arbeitskräfte zu den Zweigen und Berufen, die einen solchen Zufluß brauchen, dagegen bestärken sie die Juden in den veralteten Formen ihres wirtschaftlichen Lebens und verurteilen sie dadurch zum Vegetieren. Die Umwandlung der jüdischen Massen in ein Fabrikproletariat erfordert daher einen gleichzeitigen kulturell-zivilisatorischen Prozeß. Trotzdem in dieser Hinsicht vieles besser geworden ist, muß doch festgestellt werden, daß das kulturelle Sittenniveau der jüdischen Massen in Polen so niedrig ist, wie nirgends in der ganzen Welt. Unbildung und Aberglaube herrschen hier noch unumschränkt, und alles dieses prägt sich auch in dem zivilisatorischen Leben und der Entwicklung des ganzen Landes auf. Polen war nicht imstande, in dieser Hinsicht eine kulturell aufklärende Tätigkeit zu entfalten, wodurch der natürliche Prozeß der Assimilierung begünstigt worden wäre, weil die russische Regierung hindernd im Wege stand. Eine solche Tätigkeit kann selbständig und mit Erfolg in seinem Innern ein Staat aufnehmen, nicht aber eine in die Klammern politischer Unfreiheit eingezwängte Nation.

Wir haben bereits bemerkt, daß alle wirtschaftlichen Reibungen auf den politischen Boden über-

tragen werden und eine entsprechende Stimmung, eine entsprechende Ideologie beider Zweige der Nation hervorrufen. Diese oben charakterisierten wirtschaftlichen Gegensätze im Königreich Polen wurden unter dem Druck der Verhältnisse auf den politischen Boden übertragen, dort vertieft und durch eine Reihe von Erscheinungen, auf deren Entstehen und Gestaltung die polnische Nation keinen Einfluß hatte, genährt.

Trotzdem die Zusammendrängung der Juden in so großen Massen und ihr ausschließlicher Handelsberuf sowohl den Juden selbst wie der polnischen Nation schädlich war, konnte dennoch irgendeine Aenderung zum Besseren in dieser Hinsicht nicht eintreten infolge der Politik der russischen Regierung. Nicht allein darum, weil den Juden die Auswanderung nach dem Osten verboten war. Im Gegenteil, die russische Regierung hat mit Absicht die Einwanderung russischer Juden nach dem Königreich Polen veranlaßt. Diese Einwanderung setzte im großen Maßstabe im 8. und 9. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts ein und dauerte in größerem oder kleinerem Grade bis zuletzt an. Ein neues Element kam in das Land, das durch keinerlei Bande an das Land geknüpft war. Es begann seinen starken Einfluß auf das sozial-politische Leben der polnischen Judenschaft auszuüben. Man muß nämlich beachten, daß das ein viel beweglicheres und gewandteres Element ist, wie die polnischen Juden. Es stellt einen besonderen Typus dar, der sich unter ganz anderen Bedingungen entwickelt hat.

Als der russische Jude nach Polen kam, hat er keineswegs denjenigen Takt eingehalten, den man bei einem Gast voraussetzen darf. Als russischer Jude hielt er sich oft für etwas Privilegiertes und ließ dieses seine Umgebung in höchst unvorsichtiger Weise fühlen. Die unter den damaligen politischen Bedingungen verhaßte russische Sprache begann sich immer mehr auf polnischem Boden auszubreiten. Die polnische Nation wurde sofort verletzt sowohl durch diesen Einwanderungsstrom wie durch das Betragen der neuen Gäste.

Gleichzeitig begannen sie unter den polnischen Juden eine immer hervorragendere Rolle zu spielen. Sie brachten mit sich Strömungen und Richtungen, die auf russischem Boden entstanden und aus der Reaktion gegen die dortigen Unterdrücker geboren waren. Sie importierten die Ideologie des politischen Separatismus, waren von Anfang an die einzigen und später die Hauptführer des jüdischen Nationalismus im Königreich Polen. Die Erweckung dieser Bewegung im Königreich Polen ist ihr Werk. Sämtliche Redaktoren der jüdisch-sozialistischen Zeitschriften und Zeitungen sind ohne Ausnahme russische Juden. Es ist dieses ein sprechender Beweis dafür, daß diese Richtung aus Rußland importiert und in der dortigen Atmosphäre geboren wurde. Die russischen und litauischen Juden, in hohem Grade kulturell russifiziert, führten deshalb in das Leben der polnischen Judenschaft neue politische Momente ein. Gleichzeitig unterhielten sie einen immer engeren Kontakt mit den in Rußland selbst wohnenden Juden. Von dort kamen entsprechende Direktiven, von dort erklangen politische Forderungen, die die Einrichtung der Juden im Königreich Polen und der polnisch-jüdischen Beziehungen betrafen. Vergeblich wandten sich die polnischen Juden, die dem Land gegenüber loyal gesinnt sind und die diesem Lande aufrichtig anhängen, an die Juden aus Rußland, sie möchten ihre Einmischung in die inneren polnischen Verhältnisse unterlassen und lieber ihre ganze Energie auf die Reformierung Rußlands selbst richten und danach streben, daß der Ansiedlungsrayon und die zahlreichen Beschränkungen beseitigt würden, weil die polnische Nation daran gar keine Schuld hat und dafür auch gar nicht verantwortlich ist.

Die Gäste aus Rußland begannen, außer den Jargon-Zeitschriften, noch eine Reihe von Vereinen zu gründen und schufen dadurch separatistische Gruppen.

Um die Rolle dieses neuen fremden Elementes bei der Gestaltung der polnisch-jüdischen Beziehungen zu verstehen, müssen wir hier noch eine grundsätzliche politische Frage anschneiden.

Die russischen Juden bildeten in dem früheren russischen Staate ein durchaus zentralistisches Element, und das hat sie noch vor dem Kriege zu Bundesgenossen des gleichfalls zentralistischen russischen Liberalismus gemacht. Von dezentralistischen Tendenzen im Staate wollten sie nichts hören. Vor den besonderen Traditionen der polnischen Juden, die sich mit den nationalen Be-

strebungen des Landes solidarisierten, schlossen sie ihre Augen und höhnten oft über diese loyalen Empfinden. Im Streben nach dem einheitlichen Zusammenfassen möglichst großer jüdischer Massen im Rahmen eines großen Staates, stellten sie sich allen autonomistischen polnischen Aspirationen entgegen. Schon vor dem Kriege ist diese ihre Stellungnahme sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Von der Verwirklichung der polnischen Autonomie befürchtete man eine politische Absonderung der polnischen Juden von der russischen Judenschaft, wodurch das jüdische Element im allgemeinen und seine nationalistische Idee geschwächt würde. Diese Anschauungen wurden durch die russisch-jüdischen Publizisten, mit den Herren Żabotinskij und Kleinmann an der Spitze, vertreten. Gegen die national-polnischen Bestrebungen, die also im Verhältnis zu Rußland dezentralistisch waren, hegten die russischen Juden eine tiefe Abneigung, und in diesem Sinne beeinflußten sie die polnische Judenschaft. Dieser Standpunkt ist, wie wir weiter unten sehen werden, während des Krieges noch um so greller zum Ausdruck gekommen.

Die polnische Nation hat diese für sie so unfreundliche Stellungnahme sehr bitter empfunden.

Es muß noch bemerkt werden, daß zwischen den polnischen und russischen Juden starke Reibungen vorkamen, als zwischen zwei besonderen Menschentypen, die außerdem dem polnischen Lande gegenüber verschieden gesinnt waren. Aber der politische Einfluß der russischen Juden begann zu wachsen, und wenn er auch die Gesamtheit der polnischen Judenschaft nicht umfaßt hat, so ist er jedenfalls in der Stimmungsumformung der breiten jüdischen Massen sehr entschieden zum Ausdruck gekommen.

Es war dieses eine der wichtigsten Ursachen der Verschlechterung der polnisch-jüdischen Beziehungen. Zu den Motiven wirtschaftlicher Natur, die schon an und für sich zu politischen Konflikten führen, kamen noch diese neuen Faktoren der gegenseitigen Reibung und Abneigung hinzu.

Während der letzten Jahre vor dem Kriege war die Atmosphäre schon von dieser gegenseitigen Abneigung übersättigt. Die guten alten Traditionen in den polnisch-jüdischen Beziehungen verblaßten. Immer leichter entstanden Veranlassungen zu neuen Verwicklungen und wachsender Unzufriedenheit. Aus dem wirtschaftlichen, politischen Tatbestand, wie wir ihn vorstehend geschildert haben, ergibt sich klar und deutlich, daß die polnisch-jüdischen Beziehungen eine logische und unmittelbare Folge von Verhältnissen waren, die Polen mit Gewalt aufgedrängt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Notwendigkeit der Krankenkasse für die polnischen Landarbeiter.

Von Eugen Buchholz.

Als der Krieg ausbrach und die damals russisch-polnischen Arbeiter zurückgehalten wurden, waren im allgemeinen noch genügend einheimische Landarbeiter vorhanden — wenigstens für die Winterzeit. Um nun die ländlichen Arbeitgeber dazu zu bewegen, daß sie diese Arbeitskräfte auch den Winter hindurch beschäftigten, wurden ihnen besonders günstige Vorteile eingeräumt: die Polen und Litauer sollten neben freier Kost und Unterkunft täglich nur 50 Pf. Lohn erhalten und außerdem wurde von der Zugehörigkeit zur Krankenkasse abgesehen.

Es handelte sich hier offenbar um einen Notbehelf. Die Arbeitgeber konnten die Leute damals entbehren, und die Arbeitstage für Landarbeiter sind im Winter kurz. Da die Behörden — wahrscheinlich aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen — nicht gesonnen waren, die ausländischen Arbeiter nach deren Heimat zurückzuschicken, so hätte ihnen die Unterbringung und Verpflegung dieser Hunderttausende von Leuten — größtenteils wohl männlichen Geschlechts — sicher nicht geringes Kopfzerbrechen verursacht. So verfiel man denn auf den Gedanken, die Arbeit-

geber zum Behalten ihrer ausländischen Arbeitskräfte zu veranlassen, was ihnen dann durch die vorteilhaften Bedingungen erleichtert werden sollte.

Inzwischen kam das Frühjahr heran, und die Verwendung der Polen und Litauer im landwirtschaftlichen Betriebe wurde aktueller. Die Reihen der inländischen Arbeiter hatten sich gelichtet, und die Teuerung nahm zu. Trotz dieser veränderten Umstände und der verlängerten Arbeitszeit beließen es viele Arbeitgeber bei dem Tagelohne von 50 Pf.! Oder waren manche von ihnen wirklich so naiv, daß sie glaubten, die Behörden verbieten die Zahlung eines höheren Lohnes und der Hungerlohn von 50 Pf. sei ein für allemal verpflichtend? Auch mit den Krankenkassen blieb es beim alten. Die Besitzer waren nicht gehalten, ihre Polen bei der Krankenkasse anzumelden, man wollte ihnen offenbar die Last ersparen! Stellenweise mag der Arbeitgeber im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse vielleicht freiwillig den Beitritt bewirkt haben -- in der hiesigen Gegend Ostpreußens ist mir jedoch kein derartiger Fall bekannt geworden.

Und nun einige Fälle zur Erläuterung der Tatsache, daß die Krankenkasse auch für die ausländischen Arbeiter, oder gerade für diese, wegen Unkenntnis der Sprache und Verhältnisse am meisten hilflos dastehenden Leute, eine Notwendigkeit ist. Die Zahl der Erkrankungen wird ja ohnehin durch die allgemein ungünstigen Ernährungsverhältnisse und im vorliegenden Falle noch häufig genug durch die mehr oder weniger mangelhaften Wohnungsräume nachteilig beeinflußt. Schließlich sei noch bemerkt, daß die hier herausgegriffenen Fälle sich nur auf einen kleinen Bezirk verteilen. Danach mag man die Unsumme an Mißständen für das ganze Reich bemessen!

Auf einem mittleren Gute, wo die Arbeiterverhältnisse sonst befriedigend sind, arbeitete zusammen mit mehreren anderen Polen der in den ersten zwanziger Jahren stehende Franciszek W. Es war dies ein schwächlicher Mensch, der viel kurierte und große Sehnsucht nach Hause hatte. Schließlich hatte sein Aussehen sich derart verschlechtert, daß auch das Laienauge in ihm den Todeskandidaten erkennen mußte. Jetzt erst, nachdem er schon zu Hause gelegen hatte, kam er in ein Krankenhaus. Nach einigen Wochen starb er an seinem Lungen- und Herzleiden. Das Sterben, fern von Eltern und Heimat, fiel ihm sehr schwer.

In einer benachbarten Grafschaft arbeitete der in denselben Jahren stehende Kazimierz J. Der junge Mensch hatte sich durch und durch erkältet, er klagte über Schmerzen im Kreuz, in der Herz- und Magengegend. Der Appetit war minimal, und die Kräfte nahmen rapide ab. Der Kranke ging zu dem vielbeschäftigten Arzt, und als dessen Mittel nicht Erfolg zu haben schienen, nahm er noch einen vielgenannten Kurpfuscher in Anspruch. So lag er wochen- und monatelang in dem Polenquartier ohne Fürsorge. Wenn die Krankheit etwas besser schien, versuchte er auch wieder zu arbeiten, es ging jedoch nicht. Ins Krankenhaus wurde er nicht geschickt, eher sah man in ihm einen Simulanten, obwohl das Gesicht und besonders die Augen an seiner Krankheit nicht zweifeln ließen. Schließlich, nach mehrmonatigem Quälen, wurde der Patient, der den Eindruck eines Siechen macht, nach dem Krankenhause geschickt. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob ihm jetzt noch zu helfen sein wird.

Bei einem Besitzer waren die verheirateten Polen Alexander K., Władysław S. und Leon S. beschäftigt. Die beiden letztgenannten besaßen in ihrer Heimat Land und wären sehr gerne in ihre Heimat zurückgekehrt, oder doch wenigstens auf Urlaub gefahren. Abgesehen vor einem vorübergehenden Einverständnis blieb der Herr unerbittlich. Der Arbeitgeber ist den ausländischen Arbeitern gegenüber gleichsam unumschränkter Herr über Leben und Tod. Der erstgenannte Alexander K., der zu Hause kein Land besaß, ließ Frau und Kinder nachkommen. Im Winter wohnte die Familie zusammen mit einer hiesigen Frau in deren Stübchen, zur Sommerszeit kampiert sie in dem Wagenschauer. Die beiden andern Polen verblieben in dem bisher gemeinsamen Schlafraum, dem Heuboden über dem Pferdestall, wo Wind und Wetter Zutritt hatten und das Fensterloch durch ein Brett verschlagen war. Leon S. krankte öfters an Rheumatismus, wenn auch nicht besonders schwer, und er lag hier in diesem dunkeln, unvorschriftsmäßigen Raum. Nach Hause

durfte er jedoch nicht. Abgesehen von einigen Wochen, wurde S. nicht ins Krankenhaus geschickt, weil das zu viel kostete. Die beiden Männer verzehrten sich vor Sehnsucht nach Heimat und Familie, der Besitzer jedoch, der kinderlos ist, zeigte hierfür kein Verständnis. Er meinte wohl, wie auch andere Arbeitgeber, Essen und eine Schlafstelle genügten dem Menschen vollständig. Unlängst nun sollen die beiden Männer entflohen sein. Wie hier, so sind auch anderwärts die knappen Arbeiterwohnungen von den Familien der ausgerückten Krieger besetzt. Ob es zu viel verlangt ist, daß eventuell die Arbeitgeber, besonders wenn sie kinderlos sind, in diesem Notfalle ein Zimmer von ihrer großen Wohnung den Leuten einräumen? Wie müssen sich z. B. die Wohnungsbesitzer dort einengen, wo Kriegseinquartierung ist! Oder könnte nicht bis zur Abreise der Ausländer im Dorfe eine Wohnung für die eine oder andere Kriegerfamilie gemietet werden? Die Erweiterung und der Bau von menschenwürdigen Arbeiterwohnungen muß eine der vornehmsten Aufgaben nach dem Kriege sein.

Bei einem andern Besitzer hat der Pole Ignaz M. ein Fußleiden. An Krankenhausbehandlung ist nicht zu denken. Der Arzt verschreibt eine Salbe und abends ein warmes Fußbad. Das warme Wasser wird dem Patienten jedoch verweigert. Schließlich wird ihm bedeutet, er solle ein Attest beibringen, daß er warmes Wasser für die Füße haben müsse! Zu diesem Zwecke kommt er in die Stadt — doch der Arzt ist aufs Land gefahren.

Derartige Fälle wären nicht leicht möglich, wenn die ausländischen Landarbeiter Mitglieder der Kreiskrankenkassen sein müßten. Arzt, Arznei und Krankenhaus sind heute teuer, und da vergessen viele Arbeitgeber ihre Christenpflicht. Eine Verfügung, wonach besonders die ausländischen Landarbeiter der einschlägigen Krankenkasse zugeführt werden müssen, erscheint als unumgängliche Notwendigkeit.

Auch sonst gutgesinnte Arbeitgeber verraten hinsichtlich ihrer ausländischen Arbeiter oft schnurrige Ansichten. Da die Leute die Landessprache wenig oder doch nicht ausreichend beherrschen, — mögen sie sonst noch so intelligent und in ihrer Muttersprache bewandert sein —, so werden sie einfach als beschränkt und minderwertig betrachtet. Andere wieder betrachten ihre Polen als reine Arbeitsmaschinen, ohne höheres Ziel und ohne geistige Bedürfnisse, und packen ihnen, z. B. auch den Frauen, so viele Arbeit auf, daß sie kaum Zeit zur Nachtruhe haben, den ganzen Tag nicht zur Besinnung kommen und nicht ihre eigenen Kinder versehen können. Dabei wollen diese Herrschaften als fromme, barmherzige Christen gelten, weil sie hin und wieder für einen wohltätigen Zweck oder für ferne Missionen ein Almosen spenden. Diesen gilt das Wort: „Sieh, das Gute liegt so nah."

Wir schließen mit einer Mahnung des Propheten Jeremias (22, 3-:

„So spricht der Herr: Uebet Recht und Gerechtigkeit, rettet den Unterdrückten aus der Hand des Gewalttätigen, verübet nicht Druck und Unrecht an Fremdlingen, Waisen und Witwen."

Dokumente der Polenpolitik.

I. Deutschland.

Aus der Denkschrift der Oberschlesischen Handelskammer, die der Obersten Heeresleitung eingereicht wurde und die Annektierung polnischen Landes zu begründen versucht.

Wir sind in der Lage, die Leitsätze der so lange geheimgehaltenen Denkschrift der oberschlesischen Handalskammer der Oeffentlichkeit bekannt zu geben:

1. Polen ist ein außerordentlich reiches Land, bei dem alle Grundbedingungen für eine gesunde Fortentwicklung in allgemein kultureller, landwirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gegeben sind. Sein bisheriges Zurückbleiben beruht auf seiner Zugehörigkeit zu Rußland. Aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen darf Polen weiterhin nicht mehr bei Rußland verbleiben.

2. Bei der Lostrennung Polens von Rußland muß dafür gesorgt werden, daß das Land für die deutsche Volkswirtschaft nutzbar gemacht wird. Die kulturelle Hebung und die Erzeugung von Rohstoffen in Polen ist nach Möglichkeit zu fördern und die Ausfuhr nach Deutschland zu erleichtern. Ebenso ist die Möglichkeit zu schaffen, daß die deutschen Fertigwaren ungehinderten Absatz in Polen gewinnen können. Ferner muß dem deutschen Kapital und der deutschen Intelligenz die Möglichkeit gegeben werden, sich nutzbringend in Polen zu betätigen.

3. Zur Erreichung dieser Ziele ist es, um den aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen notwendigen Schutz gegen die polnische Agitation zu erlangen, zunächst nötig, längs der deutschen Grenze einen rein deutsch zu besiedelnden Schutzstreifen zu schaffen. Bezüglich des verbleibenden Hauptteiles des polnischen Gebietes erscheint es:

4. am zweckmäßigsten, aus Polen einen von Deutschland abhängigen Schutzstaat nach Art der alten römischen Provinzen zu machen. Polen würde alsdann in weitestgehendem Sinne Selbstverwaltung genießen. Jedoch wären die sämtlichen Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Wasserstraßen) in den Besitz des Deutschen Reiches zu übertragen oder seinem unmittelbaren Einfluß zu unterstellen. Das Gleiche gilt für Post-, Telegraphen- und Kabelwesen. Natürlich müßte das Deutsche Reich auch die Militärhoheit in Polen besitzen.

5. Nach Möglichkeit muß dahin gestrebt werden, daß Polen nicht Oesterreich-Ungarn angegliedert wird, da alsdann der deutschen Landwirtschaft und Industrie ein wertvolles Neuland verloren gehen würde. Außerdem ist zu bezweifeln, ob es Oesterreich gelingen wird, Polen in gleicher Weise fortzuentwickeln, wie Deutschland.

6. Sollte sich jedoch eine teilweise Angliederung Polens an Oesterreich in irgendeiner Form nicht verhindern lassen, so ist jedenfalls mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß wenigstens der ganze Kreis Bendzin mit einem weiteren Grenzgebiete unter deutsche Herrschaft kommt. Anderenfalls würde Oesterreich, infolge der dort vorhandenen Mineralschätze, in wirtschaftlicher Beziehung so gestärkt werden, daß es sich in weitem Maße von Deutschland unabhängig machen würde. Hierdurch würde aber die gesamte deutsche Volkswirtschaft und insbesondere die schon jetzt schwer kämpfende oberschlesische Montanindustrie erheblich geschädigt werden.

7. Bei einer Angliederung Polens an Oesterreich wären Kautelen zu schaffen, die dem deutschen Kapital und der deutschen Intelligenz die Betätigung in Polen ermöglichen. Ferner müßte die deutsche Industrie durch Gewährung von Zollbegünstigungen die Möglichkeit eines ungestörten Absatzes ihrer Erzeugnisse in Polen erhalten. Schließlich wäre der deutschen Industrie auch eine ungestörte Durchfuhr ihrer Erzeugnisse durch Polen nach Rußland unbedingt zu gewährleisten.

II. Okkupationsgebiet.

Rede des Mitgliedes des Polnischen Staatsrates A. Wierzbicki in der 9. Sitzung des Staatsrates bei Beratung des Antrages betreffend die Inbetriebsetzung der polnischen Industrie.

Wenn Sie, meine Herren, unseren eingebrachten Antrag in die Hand nehmen, so werden Sie feststellen können, daß es keine Partei, keine Volksgruppe gibt, deren Vertreter unter diesem Antrage der Mitglieder des Staatsrates nicht unterzeichnet wären. Und das ist auch nicht verwunderlich. Die Frage der Inbetriebsetzung der Industrie im Königreich Polen ist nicht Angelegenheit besonderer sozialer Schichten oder nur der gegenwärtigen Generation, sondern sie bildet ein Problem des nationalen Besitzstandes und den Eckstein der staatlichen Existenz in der Zukunft, denn die Industrie ist entstanden als Ergebnis der Arbeit einer ganzen Reihe von Generationen und als Resultat der schöpferischen Kraft einer ganzen Reihe von Staatsmännern. Das Interesse unserer größten Staatsmänner war stets auf die Industrie, als Hebel des nationalen Wohlstandes gerichtet, — ganz unabhängig davon, welche sozialen Schichten und welche politischen Ideen diese Männer vertraten. Denn auch Staszyc, der seine ganze Liebe der Bauernfrage geschenkt hatte, widmete seinen Lebensabend den Fragen des polnischen Bergbaues und der polnischen Industrie, als er das Amt eines Direktors im Departement der Künste und der Industrie in der Kommission für innere Angelegenheiten des Kongreßkönigreiches übernahm.

Und von allen Werken unseres Staszyc wird neben der denkwürdigen Stiftung von Hrubieszów, in welcher er den lebendigen Beweis geliefert hatte, wie teuer seinem Herzen die Lage der Bauernbevölkerung war, in unserem Andenken für immer verankert bleiben seine Arbeit, die er der Organisation des Bergbauwesens gewidmet hatte, seine Bergdirektion in Kielce, seine „Berginspektionen“.

Und auch der Minister Lubecki, ein Magnat von Geburt, ein litauischer Edelmann nach seinen Lebensgewohnheiten und vor allen Dingen ein genialer Staatsmann, sah in der Industrialisierung des Landes, neben einem starken Schatzwesen, die Grundlage der zukünftigen Unabhängigkeit und hat auf diesem Gebiete große Taten vollbracht. Und als die Novembertage kamen und das ganze „System Lubecki“ zusammenstürzte — erschien Peter Szteinkeller, der sich mit unserer denkwürdigen Institution, der polnischen Staatsbank, verband und die Ideen Lubeckis, die dieser letztere als Staatsmann im polnischen Staate geschaffen hatte, nunmehr als Industrieller weiterentwickelte.

Die Ideologie Szteinkellers übernahmen später breitere Schichten der Nation. Und, durch sein Beispiel angeregt, schlug der Instinkt der individuellen Unternehmungslust diese Richtung ein. Das Privatkapital strömt der Industrie zu, das Streben nach Wohlstand suchte in der Industrie seine Verwirklichung.

So gelangten wir zum Aufblühen unserer Industrie während des letzten Jahrzehntes. Wohin wir nur unseren Blick richten, überall sehen wir die Verwirklichung der Leitideen von Staszyc, Lubecki, Szteinkeller, Łubieński, Ostrowski und ihrer zahlreichen Nachfolger. Der Bergbau war das Lieblingskind dieser Ideologen der Industrialisierung des Landes, und so erleben wir tatsächlich eine mächtige Entwicklung des polnischen Bergbauwesens, und diese Entwicklung geschah nicht nur auf gewissermaßen unbewußtem Wege, denn unsere Berufsverbände haben bewußt das Absatzgebiet unserer Kohle erweitert. Ich erwähne hier nur die im großen

Stile durch den Rat der Kongresse der Bergbauindustriellen durchgeführten technischen Untersuchungen, die die Donjetz-Kohle auf den russischen Eisenbahnen durch die Kohle von Dombrowa ersetzen sollten, was doch schon als kulturelle Methode des Eindringens der Landeserzeugnisse in die Nachbarländer anzusprechen ist. Wenn wir uns dann dem Eisenhüttenwesen zuwenden, so sehen wir auch hier eine Reihe von Hütten, die mit allen neuzeitlichen Einrichtungen versehen sind, ganz auf westeuropäischem technischen Niveau stehen und den Bestrebungen Lubeckis höchst ehrenvoll entsprechen. Auch die Träume Ostrowskis und der anderen Vertreter unseres wirtschaftlichen Gedankens, die nach Polen die Baumwollwarenproduktion verpflanzen wollten und hierzu die Orte Ozorków, Zgierz und das kaum im Entstehen begriffene Łódź erwählt hatten, haben sich verwirklicht. Heute ist Łódź das polnische Manchester, und die Textilindustrie hat unser Land in eine neue Entwicklungsphase gebracht und ist zur Exportindustrie geworden. Sie hat alle Charakteristiken der europäischen Großindustrien oder der Uebersee-industrien erworben, denn ihre Stärke besteht genau so wie bei jenen in der Massenfabrikation und Spezialisierung, die zur Verbilligung der Erzeugnisse führen und ihnen den Weg auf die großen Weltabsatzmärkte eröffnen.

Auch die landwirtschaftliche Industrie blühte bei uns auf, besonders die Zuckerindustrie, die im Klima und der Bodenbeschaffenheit unseres Landes fast die günstigsten Entwicklungsbedingungen in Europa fand. Und unserer Industrie fehlte es in keinem Zweige an organisatorischen Kräften; werfen wir einmal einen Blick auf die polnische Stärkeindustrie, die einen der jüngsten Zweige unserer wirtschaftlichen Betätigung bildet. Es erschien einer und der zweite Gutsbesitzer, der sich eine primitive Stärkefabrik bauen ließ. Dann kamen andere, die schon erstklassige Werke schufen. Ganze Fabriken entstehen, aber die Fabrikation ist noch mangelhaft. Es gehen Partien der erzeugten Stärke nach England; aber England will von der polnischen Stärke nichts wissen, weil sie den technischen Anforderungen nicht genügt. Es kamen einige sehr gute Partien vor, aber es waren auch manche, die nichts taugten. Und nun erschien das Stärkesyndikat auf der Bildfläche, das die ganze Produktion in seine Hände nahm, sie technisch sehr geschickt leitet, eine bestimmte Fabrikmarke schafft und selbst auf dem englischen Absatzmarkt der polnischen Stärkeindustrie eine geachtete Stellung erkämpft. Das sind die Ergebnisse der Arbeit dieser jüngsten Generation der Industriellen in Polen.

So gingen wir den Weg, der zur industriellen Macht führt, aber wir gingen auch den Weg des sozialen Fortschrittes. Industrielle Anlagen, die aus der Arbeit des einzelnen, durch den Instinkt nach Mehrung des persönlichen Wohlstandes entstanden waren, wachsen zu gewaltigen, nach vielen Millionen zählenden Aktiengesellschaften aus und werden von geschickter und zielbewußter Hand geleitet. Diese Unternehmungen wurden durch die Natur der Dinge zu Kulturzentren, bauten Wege, richteten Gärten ein, gründeten Schulen, Krankenhäuser und Sparvereine. Trotz des politischen Druckes, trotz des niedrigen Bildungsniveaus, trotz der Zersplitterung des sozialen Lebens in Polen, war unsere Industrie dennoch ein Faktor, der den sozialen Fortschritt der Volksmassen förderte, die Arbeitermassen zur gemeinsamen, organisierten, disziplinierten Arbeit erzog und den Organisationssinn bei den Arbeitern erweckte.

Unsere Industrie wurde zum Hebel des nationalen Wohlstandes, bestimmte den Grad der Aktivität unserer Handelsbilanz, ergab ein Ausfuhrsaldo von 270 000 000 Rubel und deckte die Passivität unseres Warenaustausches: bei Rohstoffen und Halbfabrikaten ca. 150 000 000, bei landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln ca. 75 000 000 Rubel. Unsere Industrie war schließlich die größte Quelle der indirekten Steuern, sie ergab über 40% aller dieser Steuereingänge und verdoppelte die Staatseinkünfte aus der Gewerbesteuer in einem Zeitraum von 6 Jahren.

Auf dieser Bahn zum Aufblühen überraschte uns der Weltkrieg. Schon gleich beim Beginn desselben mußte unsere Industrie mit Schwierigkeiten kämpfen, aber sie besiegte dieselben. Sie wurde vom Dombrowaer Kohlenrevier abgeschnitten, aber sie verstand es, die Zufuhr von Donjetzkohle zu organisieren. Sie hat eine Reihe von Kreditschwierigkeiten überwunden, hat sich den neuen Bedingungen angepaßt, hat ihre früheren Betriebe umgeformt und neue geschaffen. Die Evakuation kam, und die russische Armee drohte, die polnische Industrie zu vernichten. Die vereinigten Bestrebungen der Industriellen ließen es aber nicht dazu kommen. Zwar wurden einige Fabriken zwangsweise evakuiert, sie organisierten sich später als große Unternehmungen in Rußland; aber die große Mehrzahl der industriellen Anlagen verblieb auf der polnischen Erde, um ihre guten und schlechten Tage zu teilen. Im letzten Augenblick wurden einige Werke zerstört, darunter Zyrardow, dessen Schicksal für alle Zeiten ein Denkmal der Barbarei bleiben wird. In der weiteren Märtyrologie der polnischen Industrie wird sich mir der Ausdruck „Barbarei“ noch öfters aufdrängen, aber ich werde ihn nicht wiederholen.

Wenn ich aber von jenem Augenblick spreche, wo einige von unseren Fabriken von der weichenden russischen Armee zerstört wurden, so darf ich auch nicht vergessen, daß die sich von Warschau zurückziehenden Truppen Hindenburgs das Dombrowaer Kohlenrevier zu zerstören drohten und die Fördermaschinen auf den Gruben gesprengt haben. Auch hier hat die unternehmende Energie der Industriellen keine Anstrengungen unterlassen, um zu retten, was zu retten war, und zu ordnen, was sich ordnen ließ.

Und nun begann langsam die Kohlenproduktion wieder zu steigen, ebenso wie auch andere Zweige unserer einheimischen Industrie, die auf der Verarbeitung

eigener Rohstoffe beruhen, sich wieder belebten, vor allen Dingen die Zuckerindustrie.

Heute sind die beiden Zweige — Zuckerindustrie mit einer bis 25% verringerten Produktion und die Kohlenbergwerke — fast die einzigen, die noch leben.

Denn die Okkupationsbehörden kamen, und schon in den ersten Tagen ihrer Herrschaft erschienen die ersten Requisitionsverordnungen. Wir erinnern uns alle, sei es in Warschau, sei es in Lodz, sei es in einer anderen industriellen Stadt, jener buntfarbigen Plakate, die in Abständen von einigen Tagen erschienen und jedesmal der polnischen Industrie eine neue Niederlage brachten. Es gibt keinen Rohstoff, kein Material, kein Fertigfabrikat und keine Fabrikeinrichtungen, denen wir in den Requisitionsverordnungen nicht begegnet wären. Sie erstreckten sich immer tiefer, verursachten in unserem Betriebe immer größere Verwüstungen. Von den Rohstoffen gingen sie zu dem technischen Zubehör über, das zum maschinellen Betrieb unentbehrlich ist. Dann erstreckten sie sich auch auf das Kupfer und befahlen, ganze Installationen zu demontieren, damit ein kleines Kupferteilchen beschlagnahmt werden konnte. In Deutschland hatte man noch keinen einzigen Messingtürgriff angetastet, als bei uns schon Maschinen zerschlagen, Kessel, Kupferröhren, elektrische Leitungsdrähte, mit einem Wort alles, was den Fabriken Leben und Kraft verlieh, fortgenommen wurden. Zum Schluß begann die Requisition desjenigen Materials, das als Ersatzquelle für das zuerst beschlagnahmte Metall verblieben war, nämlich Eisen in jeder Gestalt, beginnend von den eisernen Trägern, ohne die der Wiederaufbau des Landes nicht erfolgen kann, bis zu den Reserveteilen der Maschinen und den Gußformen für Eisen und Stahl, ohne die unsere Eisenhütten- und Maschinen-Industrie ihre Werke nicht wieder in Betrieb setzen kann.

Heute verblieben im Lande nur noch die Reste der industriellen Macht, die eine ganze Reihe von Generationen geschaffen hatte, Wir verlieren die kostbarsten Gegenstände, verlieren alle mit großen Anstrengungen und Kostenaufwand erworbenen neuzeitlichen Erzeugnisse der Erfindertätigkeit. So z. B. wurde der Fabrik Gebr. Briggs et Co. in Marki, nachdem dort zwecks Herausziehung der Kupferteile fast die ganze Fabrikeinrichtung vernichtet wurde, vor wenigen Tagen aufgegeben, nun noch die einzige noch vorhandene Maschine, einen kostbaren Turburgenerator, zu demontieren *). Diese Maschine hat vor dem Kriege mehrere 10 000 Rubel gekostet, jetzt aber, wo es in Westeuropa immer weniger Turburgeneratoren gibt, wo der Preis eines gewöhnlichen Kessels von 7500 Rubel bis auf 100 000 Mark gestiegen ist, fragen wir uns: welchen Betrag wird die Fabrik aufwenden müssen, um diesen Verlust zu decken, und in wieviel Jahren wird sie eine Ersatzmaschine erhalten können? Die Firma Gebr. Briggs erfreut sich überhaupt seit langem der besonderen Aufmerksamkeit der Okkupationsbehörde; schon vor zwei Jahren hat der Hauptfürsorgerat in Sachen der dort vorgenommenen Zerstörungen bei der Behörde interpelliert. Man antwortete, daß die Fabrik der Gebrüder Briggs genau ebenso behandelt werden wird, wie alle anderen stilliegenden Werke, ohne Rücksicht darauf, ob sie polnischen Staatsbürgern oder Reichsdeutschen gehören *). Wenn wir dieses Dokument dem heutigen Zustand dieser Fabrik gegenüberstellen, einem Zustand, der eine vollständige Zerstörung bedeutet, welche Horoskope sollen wir dann hieraus für unsere anderen industriellen Anlagen ableiten?

Die Okkupationsbehörden haben uns nicht allein von den technischen Einrichtungen vollständig entblößt, sondern sie haben auch den Wiederaufbau unserer Industrie um ganze Monate, wenn nicht Jahre verzögert, und sie langen jetzt auch nach dem finanziellen Kern dieser Industrie. Sie haben uns die Geldmittel genommen, für die wir schon in der gegenwärtigen Zeit einen Teil der Fabrikinstallation hätten komplettieren können. Dieser ganze Kriegszeitabschnitt ist eine so große Vergewaltigung des Rechts, daß es tatsächlich sonderbar anmutet, wenn man sich dabei auf das Recht beruft, auf die Haager Konvention, die das Kriegsrecht festgesetzt hat. Aber, weil ich in diesem Hohen Gesetzgebenden Hause spreche, das das Recht hat, Gesetze zu erlassen und vor allen Dingen, Gesetze zu achten, so möge es mir gestattet sein, die entsprechenden Punkte der Haager Konvention anzuführen. Artikel 52 der Haager Konvention lautet:

„Requisitionen in Natur oder in Form persönlicher Leistungen können von den Gemeinden und Bewohnern lediglich für die Zwecke der okkupierenden Armee gefordert werden. Diese sollen den Mitteln des Landes entsprechen und dürfen nicht so beschaffen sein, daß sie eine Verpflichtung der Bevölkerung zu den Kriegsoperationen gegen das eigene Vaterland nach sich ziehen könnten.

Solche sachlichen und persönlichen Leistungen dürfen lediglich mit Vollmacht des Kommandanten der betreffenden Ortschaft verlangt werden. Sachliche Lei-

*) Die Firma erhielt von der Kriegsrohstoffstelle folgende Aufforderung: „Kriegsrohstoffstelle. Warschau, Tgb. No. M. III. 70 162. K. R. S. Warschau, den 7. Juli 1918. An die Kaiserlich deutsche Zwangsverwaltung der Firma Briggs et Co., Marki. Sie werden ersucht, das vorhandene Kupfer von dem Turbinengenerator und das Messing von dem Kondensator auszubauen und zur Ablieferung zu bringen. Nicht auszubauen sind die Lager. Hauptsächlich kommt in Frage der Rotor und Stator und die Messingrohren aus dem Kondensator. Der Termin der Ablieferung ist vier Wochen vom Datum dieses Briefes an gerechnet. Kriegsrohstoffstelle.“

*) „Die Fabrik wird genau so behandelt, wie sämtliche andere Fabriken im Generalgouvernement, die stillliegen und Reichsdeutschen und Polen gehören.“ Schreiben des Chefs der Zivilverwaltung an den Hauptfürsorgerat vom 31. September 1916 unter No. IV. C. 21533.

stungen müssen nach Möglichkeit bar bezahlt werden. Im entgegengesetzten Falle müssen sie durch Quittung bescheinigt werden; die Auszahlung der zukommenden Beträge muß in möglichst kurzer Zeit bewerkstelligt werden."

Das ganze Vorgehen der Okkupationsbehörden, ihr ganzes Entschädigungssystem — alles dieses widerspricht kategorisch der Haager Konvention. Die Konvention bestimmt, daß die Requisitionen den Mitteln des Landes entsprechen sollen — unsere Industrie wird aber von Grund aus zerstört. Die Konvention gestattet Requisitionen nur für den Bedarf der okkupierenden Armee, die in Polen vorgenommenen Requisitionen dienen aber nicht dem Bedarf der Armee, sondern die requirierten Waren werden in Massen nach Deutschland gebracht und dort an die Zivilbevölkerung, an die deutschen Kaufleute und Industriellen verkauft. Und wenn in dieser Hinsicht jemand noch Zweifel hegen sollte, so werden dieselben kategorisch behoben durch die Beweggründe zum Artikel 52 der Haager Konvention. Die frühere Fassung des § 40 der Brüsseler Konvention, der dem heutigen Artikel 52 entspricht, gestattete Requisitionen, „die in Verbindung mit den Kriegsnotwendigkeiten, allgemein aufgefaßt, stehen" (en rapport avec la necessité de la guerre généralement reconnue). Diesen Wortlaut hat die Haager Kommission mit Bewußtsein eingeschränkt: „lediglich für den Bedarf der okkupierenden Armee", indem sie sich darauf stützte, daß das Requisitionsrecht einer Notwendigkeit entspricht, aber diese Notwendigkeit ist der Unterhalt der okkupierenden Armee. Es ist dieses also nicht mehr ein schwankender Begriff, diese Kriegsnotwendigkeit, die § 40 der Brüsseler Konvention erwähnt, und auf Grund dessen man schließlich Land systematisch zerstören könnte. § 40 der Konvention von Brüssel wurde daher durch Artikel 52 der Konvention von Haag ersetzt, damit eine systematische Zerstörung des Landes während des Krieges verhindert würde. Und eben eine solche systematische Zerstörung des Landes ist bei uns im Gange.

Die Konvention von Haag bestimmt schließlich, daß die Requisitionen in bar bezahlt werden sollen, in jedem Falle sollen die zukommenden Beträge „in möglichst kurzer Zeit" entrichtet werden. Aber auch dieser Artikel wurde bei uns nicht eingehalten.

Monate vergingen, und keiner unserer Industriellen erhielt irgendwelche Entschädigung. Schließlich wurden 10% der Entschädigungen nach den vorkriegerischen Sätzen ausgeschüttet, aber auch diese 10% hat niemand erhalten; sie wurden zwangsweise zur Deckung der deutschen Gläubigerforderungen verwendet.

Dann kam der Novemberakt; der Bevölkerung mußte ein Beweis gegeben werden, daß die Okkupationsbedingungen sich nach diesem Akte geändert haben. Es erschien die Proklamation des Generalgouverneurs in Warschau vom 28. April 1917, die eine Reihe von Entschädigungen für die Kriegsleistungen der Ortsbevölkerung ankündigte. Die Industrie atmete auf und hoffte, daß sie jetzt irgendwo wird einhaken und den Betrieb wieder aufnehmen können. Aber einige Tage später erschien eine neue Proklamation vom 9. Mai 1917, die die ganze Bedeutung der ersten Proklamation annulliert. In der neuen Verordnung kündigte der Generalgouverneur an, daß die Vorschriften derselben „für manchen der Interessierten hart sein können". Und tatsächlich waren sie hart, nicht nur für die einzelnen Geschädigten, sondern auch für die ganze Industrie. Im Sinne der neuen Verordnung wurden so wie früher von den ausgeschütteten Entschädigungsbeträgen die deutschen Forderungen abgezogen, und die Hälfte des verbleibenden Restes wurde zwangsweise in städtischen Obligationen angelegt. Unseren Städten fällt es allerdings schwer, immer neue Kreditquellen zu ermitteln, aber sie sind ja gerade deswegen ruiniert, weil die polnische Industrie stillgelegt ist, und statt nun dieser Industrie das Umsatzkapital zur Verfügung zu stellen, damit sie sich erheben und den Städten mit ihrer Arbeit zur Hilfe kommen kann — zwingt man sie, städtische Obligationen zu übernehmen, die erst drei Jahre nach Kriegsschluß zahlbar sind, trotzdem das Kriegsende noch nicht abzusehen ist. Aber auch die Ausschüttung dieses Teiles der Entschädigungen wird verzögert durch die Taktik der Reichsentschädigungskommission, die ihre Prüfung der Rechtmäßigkeit der Entschädigungsforderungen lange Monate hinzieht. Monate, Jahre vergehen, gewisse Beträge werden für die Zwecke der städtischen Anleihen überwiesen, aber die Industrie selbst erhält die erforderlichen Mittel für den Wiederaufbau ihrer Betriebe nicht.

Es sind also zwei Richtungslinien der wirtschaftlichen Politik der Okkupationsbehörden festzustellen: Requisitionen, die die Industrie ruinieren und finanzielle Ausbeutung. Aber auch noch gegen eine dritte Strömung haben wir uns zu wehren. Die Produktion der noch im Betriebe befindlichen Industriezweige ist durch die Okkupationsbehörden und zu ihren Gunsten monopolisiert. Wir dürfen nichts für den freien und eigenen Markt erzeugen, denn alles, was unsere Industrie noch produziert, muß in erster Linie an die Behörden abgegeben werden, und nur ein unbedeutender Teil dieser Produktion verbleibt für die Bedürfnisse des Landes. Aus der Statistik der österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden und aus ihrem Vergleich mit den vom österreichischen Minister der öffentlichen Arbeiten am 15. August 1917 veröffentlichten offiziellen Angaben geht hervor, daß schon im ersten Halbjahre 1917 die Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Okkupation kaum $^{1}/_{25}$ der in den Dombrowaer Kohlenbergwerken geförderten Kohle erhielt, während $^{24}/_{25}$ nach der Monarchie ausgeführt wurden. Als Schlußergebnis entfielen pro Kopf der Bevölkerung in der österreichisch-ungarischen Okkupation sechzigmal weniger Kohle wie auf jeden Bewohner Oesterreichs. Und sollte etwa jemand geneigt sein, diese Erscheinung damit zu erklären, daß die Industrie in Oesterreich blüht, bei uns dagegen stilliegt, so haben wir andere Ziffern zur Hand. Aus der gleichen Statistik geht hervor, daß für den Bedarf

der häuslichen Betriebe in Oesterreich pro Kopf der Bevölkerung zehnmal mehr Kohle entfielen, wie in der österreichisch-ungarischen Okkupation, selbst bei Berücksichtigung aller Arten des Kohlenverbrauches. Und das ist ein weiterer Beweis der Benachteiligung unseres Landes. Diese unseren Mineralreichtümern entnommene Kohle müßte nach Deckung des Landesbedarfes unserem Warenaustausch mit Oesterreich dienen. Als Ersatz dafür sollten wir die uns fehlenden Waren erhalten. Aber statt dessen stellt es sich heraus, daß dem polnischen Bürger kaum $^{1}/_{60}$ dessen belassen wird, was der Bewohner Oesterreichs erhält. Unter solchen Bedingungen konnte das Land nicht existieren, und infolge der vereinigten Forderungen der sozialen Faktoren in dem ganzen Okkupationsgebiet hat sich die Kohlenversorgung in der Zeit vom Oktober bis März etwas gebessert, um später wieder zu dem alten Zustand zurückzukehren. Aus der kürzlichen Interpellation des Staatsratsmitgliedes St. Minkiewicz haben die Herren alle ersehen, daß das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet heute auch dieses kleinen Teilchens seiner eigenen Kohle beraubt ist; man hat uns dazu verurteilt, unseren Bedarf aus dem Sosnowicer Tagesabbau zu decken. Dieser Abbau befindet sich im deutschen Okkupationsgebiet, die Kohle ist von allerschlechtester Qualität und mehr wie doppelt so teuer wie die eigene Kohle der besseren Qualitäten.

So liegen die Verhältnisse in der Kohlenindustrie, und ebenso schwer sind sie auch bei denjenigen Industriezweigen, die in mäßigstem Umfange im Betriebe sind, deren Produktion zum Teil auf den freien Markt gelangt, wie z. B. die Gerberei-Industrie, deren Erzeugung sich kaum auf 2½ bis 4% der vorkriegerischen Produktion beläuft, weil die besten Häute zur weiteren Verarbeitung nach Deutschland transportiert werden, oder z. B. die Zündholzindustrie und die Lebensmittelindustrie (Zichorienindustrie).

Allen diesen Industriezweigen nehmen die Behörden den größten Teil der Produktion ab und zahlen dafür Preise, die nicht einmal die Selbstkosten decken; infolgedessen erlangt der für die Ortsbevölkerung bestimmte Teil dieser Produkte auf dem freien Markt ganz unglaublich hohe Preise. Auf diese Weise wird unser einheimischer Handel desorganisiert, unsere Landesbevölkerung der Verdienstmöglichkeiten beraubt und mit einem übermäßig hohen Tribut belastet, nur um den okkupierenden Armeen und der Bevölkerung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, denen doch die eigenen industriellen Betriebe erhalten geblieben sind, billigere Waren zu verschaffen. Zweifellos ist die Lage dieser Bevölkerung gleichfalls schwer, aber sie ist infolge der dortigen hohen Löhne bedeutend leichter zu ertragen, wie in unserem Lande, wo die Bevölkerung, mit Ausnahme der Landwirtschaft, keine Arbeitsmöglichkeit hat. Und uns möchte es doch scheinen, daß es richtiger wäre, wenn die Okkupationsbehörden, die doch Milliarden von Mark und Milliarden von Kronen für Kriegszwecke herausgeben, der polnischen Bevölkerung die paar armseligen Pfennige nicht nehmen würden, wenn sie diese Bevölkerung nicht dazu verurteilen würden, die in unserem Lande erzeugten Waren übermäßig hoch zu bezahlen, nur um sie sich zu Preisen unter den Produktionskosten zu sichern.

Eine vierte Katastrophe ist für uns die Trennung des Landes in zwei Okkupationsgebiete. Das Königreich Polen hat sich ohnehin künstlich entwickelt, es entbehrte des wirtschaftlichen Zusammenhanges mit den von Polen abgetrennten Gebieten. Aber das Land hat sich ein Jahrhundert hindurch dieser neuen Lage angepaßt und ist zu einem lebendigen Organismus geworden; seine einzelnen Industriezentren haben in Abhängigkeit von dem Vorhandensein der natürlichen Bodenschätze ihre nährenden Säfte über den ganzen Organismus verteilt, sie waren im Leben der Nation das, was Lunge und Herz im menschlichene Organismus bedeuten. Und jetzt ist die Lunge vom Herzen getrennt — ein Mensch könnte in solcher Lage keinen Augenblick weiter existieren, unser Land aber muß diesen Zustand schon das vierte Jahr hindurch ertragen. Welche Verwüstungen schafft doch diese Lage in unserem wirtschaftlichen Leben, welche Katastrophen, welche Amputationen, auf deren Restitution wir ganze Jahre werden verwenden müssen. Die Grenzlinie wurde so durchgeführt, daß die einzelnen Kreise, Gemeinden und fast die Straßen der Städte von einander getrennt werden, das ganze Leben dieser Zentren wird verkrüppelt, ihre natürlichen Zusammenhänge unterbrochen, und so die inneren Arterien unseres Landes zerreißend, hat man uns auch von den Ländern des Ostens und des Westens getrennt, mit denen uns vor dem Kriege ein lebhafter Warenaustausch verband. Dieser Austausch gab der polnischen Industrie ihre Entwicklungsenergie; ihm verdanken wir, daß unsere Industrie so schnell gewachsen war, vielleicht verhältnismäßig schneller wie die deutsche Industrie, was übrigens für alle jungen Organismen charakteristisch ist. Und in dem jetzigen Augenblick, wo für Deutschland bereits das Tor nach der Ukraina und Rußland offensteht, findet das Königreich Polen, das aus diesen Ländern seine Rohstoffe erhielt und nach dorthin seine Fabrikate ausführte — den Weg nach diesen Ländern verschlossen.

Im Jahre 1915, als die polnische Industrie sich bei dem Generalgouverneur um ihre Existenzmittel bemühte — erhielten wir zur Antwort, daß jetzt keine Zeit ist, zu produzieren, weil es an Nachfrage fehlt; sollte sich die Nachfrage wieder einstellen, so wird es auch an der Zeit sein, an die Inbetriebsetzung der Industrie und ihres normalen Lebens zu denken *).

---

*) Die Antwort des Generalgouverneurs von Beseler auf die Eingabe des Vereins der Industriellen im Königreich Polen vom 21. Dezember 1916 lautete: „Zum Schluß faßt das Generalgouvernement seine Meinung dahin zusammen, daß es während der Dauer des Krieges und vor Freigabe von Handel und Verkehr jede Bestrebung für verfehlt und der Industrie schädlich hält,

Ich frage nun, kann ein größerer Mangel an Fabrikaten auf unserem Markte, ein größerer Bedarf an Warenaustausch und Rohstoffzufuhr aus der Ukraina, ein größerer Wunsch nach industrieller Belebung, nach Lebensmöglichkeiten und Preisverbilligungsmöglichkeiten für unsere im Elend erschöpfte Bevölkerung existieren, wie gerade in dem gegenwärtigen Augenblick? Indessen sind wir gerade in diesem Augenblick von allem abgeschnitten und dürfen nichts einführen und nichts ausführen. Im Zusammenhange mit diesem Augenblick steht auch, Hohes Haus, die Valutafrage. Eine Devisenreform auf dem Papier kann uns nichts helfen, auch nicht die formale Entziehung des Rubels aus dem Verkehr, wenn dieser Rubel im Lande vorhanden ist und mit jedem Tage an Wert verliert, weil er keinen Ausweg findet. Und der normale und einzige Ausweg wäre doch wohl der Austausch dieses Rubels gegen russische und ukrainische Rohstoffe, ohne die wir nicht leben können. Und bevor wir keinen Austausch mit dem Osten haben werden, kann unser Valutaproblem auch nicht gelöst werden.

Fragen wir uns, was die Okkupationsbehörden selbst von ihrer Tätigkeit in unserem Lande meinen? Hier sehen wir eine seltsame Erscheinung — die Deutschen, die in diesem Kriege auf dem Schlachtfelde Taten unerhörter Tapferkeit vollbracht haben, wie übrigens auch die anderen europäischen und überseeischen Völker, die Deutschen, die verkünden, daß sie nur Gott allein fürchten — dieselben Deutschen scheuen vor der einen Wahrheit zurück, sie scheuen davor zurück, die Sache beim Namen zu nennen, sie fürchten sich, zuzugeben, daß sie das wirtschaftliche Leben und die Industrie Polens zerstören. Es fürchten dieses sowohl Bethmann Hollweg, wie die anderen Staatsmänner in Berlin und die höchsten Vertreter der Okkupationsbehörden in unserem Lande. Es vergehen Monate und Jahre, und von hoher amtlicher Stelle vernehmen wir immer wieder die Worte, daß der Wohlstand des okkupierten Landes sich entwickle. Es begann damals mit der denkwürdigen Rede des Reichskanzlers im Jahre 1915, in der versprochen wurde, „die dem Land geschlagenen Wunden zu heilen“ *), es begann mit der ersten amtlichen Bekanntmachung des Generalgouverneurs in Warschau, in der die Wiederauflebung des zerrütteten Wohlstandes angekündigt wurde **).

Man könnte denken, daß diese Absichten aufrichtig waren und daß nur das schwere Los des Krieges es nicht gestattet hat, dieselben zu verwirklichen; man sollte meinen, daß diese Personen wirklich die Wunden heilen und den Wohlstand wieder aufleben lassen wollten, aber daß die Aufgabe zu schwierig war. Aber jetzt sind schon zwei Jahre der Okkupationsverwaltung in unserem Lande vergangen, zwei Jahre, die nicht minder schwer waren wie die heutige Zeit, nur daß wir weniger erschöpft waren.

Und am Tage dieses zweijährigen Jubiläums erschien die Erklärung des Generalgouverneurs von Warschau, an seine Untergebenen gerichtet, in welcher der Generalgouverneur den letzteren für ihre Mitarbeit dankt und wiederholt feststellt, daß es Aufgabe der Okkupationsverwaltung ist, „dieses vom Unglück des Krieges heimgesuchte und außerdem durch Barbarei des Feindes zerstörte Königreich aufs neue wieder aufzubauen, Handel und Wandel zu beleben und die aLndwirtschaft und Industrie wieder zur Entwicklung und Tätigkeit fähig zu machen“. Und wenn von der für das Schicksal des okkupierten Landes am meisten verantwortlichen Stelle, nach zwei Jahren unserer wirtschaftlichen Katastrophen, solche Worte fallen — so ist es nicht verwunderlich, daß im ganzen Deutschland, so weit und breit es ist, diese, der Wirklichkeit widersprechenden Losungen erklingen. Im ganzen Deutschland, so weit und breit es ist, finden die falschen Informationen über den Zustand unseres Landes Glauben. Informationen, die falsch soweit sind, daß, als auf der Jahresversammlung des Vereins der Industriellen im Jahre 1916 die Lage ungefähr so, wie ich es Ihnen dargestellt habe, geschildert wurde, in der „Schlesischen Zeitung“ vom 19. Juli 1916 eine Notiz folgenden Inhalts erschien: „Auf der erwähnten Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß die Bemühungen des Vereins der Industriellen des Königreichs Polen um die Inbetriebsetzung der Industrie von den maßgebenden deutschen Behörden nach Möglichkeit unterstützt wurden. Die bisherigen Eingaben wurden vom Warschauer Generalgouvernement wohlwollend aufgenommen.“

Uns ist indessen nichts bekannt geworden über irgendein Wohlwollen in den von uns berührten Angelegenheiten — mit Ausnahme eines einzigen Falles, der zur Hälfte in zusagendem Sinne erledigt wurde; es betrifft dies die bergrechtlichen Genehmigungen, von denen ich in der vorigen Sitzung dem Hohen Hause mitgeteilt habe.

Kurz nach Erscheinen dieser falschen Information

---

die darauf abzielen wollte, Industrien wieder in Gang zu bringen, ehe der entsprechende Bedarf sich wieder geltend macht. Es ist vielmehr der Ansicht, daß die Wiederbelebung der Industrie und die Lösung der hiermit zusammenhängenden Fragen der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung überlassen bleiben, jeder behördliche Eingriff zurzeit aber unterbleiben muß.“

*) Rede des Reichskanzlers im Reichstage am 19. August 1915: „Das von uns besetzte Land werden wir gerecht verwalten, die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen suchen, und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, werden wir zu heilen uns bestreben . . .“

**) „. . . . in dem vom Kriege heimgesuchten Lande Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten und, soweit es sich mit der Fürsorge für unser im Kampf stehendes Heer vereinigen läßt, den zerrütteten Wohlstand wieder aufleben zu lassen.“ (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nr. 1.)

hatte ich Gelegenheit, mit dem Korrespondenten der „Deutschen Lodzer Zeitung" darüber zu sprechen; dieser Herr versprach mir, die genannte Information in der deutschen Presse zu berichtigen. In Anbetracht dessen haben wir ihm eine Berichtigung zugesandt, die jedoch bis zum heutigen Tage nicht erschienen ist. Dagegen lasen wir in der gleichen „Schlesischen Zeitung" vom 8. Februar 1917 wieder: „Die Bemühungen um die Inbetriebsetzung der polnischen Industrie wurden von den in Frage kommenden deutschen Behörden nach Kräften und Möglichkeit unterstützt. Verschiedene in der Eingabe des Vereins der Industriellen vorgebrachten Wünsche wurden von den Behörden, soweit es möglich war, erfüllt. Die in Frage kommenden Behörden haben die Bemühungen der polnischen Industriellen um die Inbetriebsetzung der Industrie ständig unterstützt, was in der neuen Eingabe des Vereins der Industriellen ausdrücklich festgestellt wurde usw."

Ich darf Sie, meine Herren, versichern, daß Sie sämtliche Akten des Vereins der Industriellen durchsuchen können, daß Sie aber eine solche Eingabe nirgends finden werden.

Wir haben schließlich noch eine ziemlich neue Information aus der „Berliner Börsenzeitung" vom 8. März 1918. Dort wird gesagt: „Von seiten der maßgebenden Faktoren geschieht alles, um die Industrie auf polnischem Boden zu unterstützen. Wenn man berücksichtigt, daß die polnische Industrie vollständig zerstört war, so muß das, was zu seiner Inbetriebsetzung geschehen ist, als vollständig befriedigend angesehen werden. Den Hüttenanlagen in Polen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt, besonders solchen, bei denen deutsche Firmen beteiligt sind."

So stellt die Zeitung die Sachlage dar. Ich habe hier aber ein amtliches Dokument, das Protokoll einer Konferenz, die am 8. Februar 1918 mit den Repräsentanten der Okkupationsbehörden, unter dem Vorsitz des Herrn Klingler, abgehalten wurde. An dieser Konferenz sich auch der erste Herr Minister für Handel und Industrie teilgenommen. Auf dieser Konferenz wollten wir die polnischen Hüttenwerke wieder in Betrieb setzen, und wir wiesen darauf hin, daß, anstatt unseren Maschinen das Eisen fortzunehmen, es besser sein würde, diesen Hüttenwerken Arbeit zuzuweisen und von ihnen frisches Eisen zu erhalten. Man antwortete uns, daß diese Sache sich nicht regeln lassen wird, weil das deutsche Kriegsministerium mit der Inbetriebsetzung der polnischen Hüttenanlagen nicht einverstanden ist. Das ist die nackte Wahrheit, in einem amtlichen Dokument festgestellt, und so sieht die Wahrheit in der Auslegung der deutschen Presse aus.

Warum widersprechen denn die Okkupationsbehörden und mit ihnen die deutsche Presse in allen ihren Veröffentlichungen der Wirklichkeit? Denn wenn die Beschneidung des Territoriums für ein Volk tragisch ist, wenn die Ankündigung der Abtrennung des Chelmer Landes und Podlachiens solche elementare Entrüstung in unserer Nation hervorrufen konnte, was bedeutet erst die Fortnahme eines ganzen Zweiges der nationalen Erzeugungsfähigkeit! Man möge sich doch vorstellen, wohin Polen gelangen würde, wenn der gegenwärtige Zustand Jahre hindurch andauern sollte! Wohin werden jene Arbeitermassen zurückkehren, die in der Fremde mit Ungeduld ihre Wiederkehr nach der Heimat erwarten! Man möge sich doch den Stand unserer städtischen finanziellen Verhältnisse vergegenwärtigen, wenn es auch keine Banken mehr geben wird, die den Städten ohne Industrie weiterhin Kredite gewähren können. Man möge doch an die Arbeit eines ganzen Jahrhunderts für die Entwicklung einer Industrie im Lande denken, und nun werden uns die Früchte dieser Arbeit genommen. Es bedeutet dies ein Land ohne Armee, ein Land ohne Waffen, denn die Waffenfabriken — sind doch die Blüte, der höchste Entwicklungspunkt der mechanischen Industrie. Es ist darum nicht weiter verwunderlich, daß die Okkupationsbehörden sich scheuen, diese unerhörte Antastung des nationalen Gutes der Welt bekannt zu geben, und daher in ihren Erklärungen die Wahrheit unterdrücken.

Das Vorgehen der Okkupationsbehörden gegenüber der polnischen Industrie ist auch eine Verneinung der deutschen wirtschaftlichen Idee; man kann sich das nur so erklären, daß die Ideen einer friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der gegenwärtigen, dem Frieden noch so entfernten Zeit bei den leitenden Staatsmännern des Deutschen Reiches noch keine Aufnahme finden; diese schmeicheln daher einer gewissen Klique ihrer Industriellen, die in unserem, der Industrie beraubten Lande leichte Vorteile ernten, die hierher kommen und mit ihren Waren unser Land überschwemmen wollen und dabei vergessen, daß unter solchen Bedingungen es bald bei uns keinen Menschen mehr geben wird, der über die Mittel verfügen wird, um ihre Waren kaufen zu können.

Wir wissen es, daß der deutsche Handel bisher einen anderen Weg gegangen war, daß er gewohnt war, die Dinge auf eine weite Distanz ins Auge zu fassen; der deutsche Handel erforschte die Bedürfnisse der benachbarten Märkte, entwickelte dieselben und gründete seine Expansion auf dem gegenseitigen Austausch und auf dem harmonischen Zusammenleben mit den Nachbarn. Wir wissen es, daß die deutsche Industrie für ihre Erzeugnisse bei uns ein Absatzgebiet finden kann, aber dazu ist es erforderlich, daß die Deutschen, im Sinne ihrer vorkriegerischen Staatsidee, nicht zu den Zerstörern unserer Industrie werden. Nur eine starke einheimische polnische Industrie, die jedoch von der deutschen Industrie verschiedenartig sein muß, kann den Wohlstand des Landes heben und ein großes Absatzfeld für die deutsche Industrie schaffen, vor allen Dingen auf dem Gebiete der technischen Installation unserer Industrie. Es ist darum undenkbar, daß diese Zeit der wirtschaftlichen Ausbeutung länger andauern kann weil ein gänzlich ausgepowertes Land, Deutschland gar keinen wirtschaftlichen Vorteil bringen kann. Und sollte selbst Deutschland die Absicht haben, diese

Politik auch weiter beizubehalten, so frage ich: ist es möglich, daß wir diese Zustände nach Kriegsbeendigung noch weiter ertragen können? Kann man sich ein solches polnisches Ministerkabinett vorstellen, das ein Bündnis schließen würde, ohne dem Lande die industrielle Entwicklung zu sichern, und das diesen Zweig der Wirtschaft der Nation entreißen lassen würde! Wo würde sich in Polen eine solche Volksvertretung finden, die einen derartigen Friedensvertrag bestätigen wollte! Wo ist ein solcher Minister für Handel und Industrie, der eine Armee von 700000 Arbeitern zur ewigen Auswanderung verurteilen und ihr die Rückkehr nach der Heimat versperren wollte! Die Politik der Okkupationsbehörden muß daher radikal geändert werden, und diese Aenderung muß vor allen Dingen in einem Umfang einsetzen, wie ihn unser bei dem Staatsrat eingebrachter Antrag in Sachen der Inbetriebsetzung der Industrie umfaßt.

Im ersten Punkt unseres Antrages verlangen wir nur, daß dem Lande diejenigen Reste belassen werden, die noch von den Requisitionen verschont blieben. Es sollte scheinen, daß heute, wo den Zentralmächten Rußland und die Ukraina für den Warenaustausch offen stehen, schon die höchste Zeit ist, auf diese uns gebliebenen Reste zu verzichten und den Bedarf in den östlicheren Ländern zu decken. Im zweiten Punkte verlangen wir weiter, daß uns für die enteigneten Gegenstände der volle Wert ausgeschüttet wird; diese Forderung ist berechtigt und für die Inbetriebsetzung unserer Industrie unumgänglich nötig. Im dritten Punkt verlangen wir, daß die durch die Okkupationsgrenze unterbrochene Verbindung zwischen beiden Teilen des Königreiches wiederhergestellt werde.

Als Beweis, daß wir die sich aus dem Kriegszustand ergebenden Verhältnisse durchaus verstehen und mit ihnen rechnen, möge dienen, daß wir im Verhältnis zu den Westmächten und den Ländern des Ostens an einen freien Warenaustausch gar nicht denken. Wir wollen nur Handelsbeziehungen organisieren, in derselben Weise, wie sie zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehen. Wir wollen diese Verhältnisse durch besonders berufene Institutionen ordnen; dieselben sollen unter Schutz und Aufsicht des Staates wirken, wie wir es im Punkt fünf unseres Antrages klargelegt haben. Nur auf diesem Wege können wir die erforderlichen Einrichtungen und Materialien aus West und Ost erhalten und die Inbetriebsetzung der Industrie in Angriff nehmen. Und da wir bis zum äußersten erschöpft und ruiniert sind, so ist es unumgänglich nötig, daß der Staat für den Wiederaufbau unserer Betriebe Kredithilfe gewährt, was übrigens der Herr Ministerpräsident schon bei seinem ersten Auftreten in diesem Hause angekündigt hat.

Die Bildung dieser für uns unumgänglichen Existenzbedingungen sollte schon vom heutigen Tage an beginnen; nach so vielen amtlichen Erklärungen müßten doch die Okkupationsbehörden endlich beginnen, die Lage real, so wie sie hier geschildert wurde, aufzufassen und die Autorität dieses Hohen Hauses zu achten.

Denn die Industrie des Landes darf nicht vernichtet werden, und trotzalledem, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, in dem sie wieder auferstehen wird, wird sie bleiben und sich weiterentwickeln. Die Staatsmänner werden an das Problem der Inbetriebsetzung der Industrie herantreten; es werden sich unternehmungslustige Menschen finden, die nichts unterlassen werden, um das wieder aufzubauen, was jetzt in Ruinen liegt; die Arbeitermassen werden erscheinen und mit starker Stimme die Rückkehr nach der Heimat verlangen, um die neugeschaffenen Posten zu besetzen. Die Landwirte, die unsere landwirtschaftliche Industrie geschaffen haben, werden wieder an die Arbeit herantreten; schließlich wird auch der polnische Bauer, der den nationalen Besitzstand durch eiserne Arbeit und ausdauernde Beharrlichkeit vor fremder Raffgier zu verteidigen versteht, auf seinem Posten ausharren und nicht versagen.

Sämtliche Schichten der polnischen Nation werden sich der Industrialisierung des Landes widmen, und ebenso, wie sie ihre Sprache und das Land ihrer Väter verteidigen, werden sie auch die heimische Industrie verteidigen.

* * *

Staatskommissar Graf Lerchenfeld über die Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland.

In der Vollsitzung des Staatsrats am 31. Juli antwortete Staatskommissar Graf Lerchenfeld in längerer Rede auf die Klagen und Wünsche, die betreffs der Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland im Staatsrat vorgebracht worden waren.

Graf Lerchenfeld führte aus:

Bei Durchsicht der Stenogramme über die einzelnen Reden der Staatsratsmitglieder, die gestern bei der Interpellation über die Verhältnisse der Gefangenen und Arbeiter in Deutschland gehalten worden sind, ergibt sich die Notwendigkeit einer entschiedenen Stellungnahme von seiten der deutschen Okkupationsregierung, um zu verhindern, daß irrtümliche und schiefe Auffassungen über die Verhältnisse sowohl beim Hohen Staatsrate wie darüber hinaus bei der polnischen Gesellschaft Platz greifen.

Allerdings haben die Herren Vertreter der polnischen Regierung die Lage mit großer Vollständigkeit und Deutlichkeit dargestellt. Gleichwohl möchte ich noch von deutscher Seite einzelne Punkte als besonders wichtig hervorheben. Im allgemeinen sind ja solche Diskussionen wie die gestrige nicht geeignet, klärend oder bessernd zu wirken. Vielmehr handelt es sich hier um Tatsachen, die weit wirksamer und gründlicher in dem engeren Raume der Kommissionsberatungen behandelt werden. Hier ist es möglich, den einzelnen Klagen in Rede und Gegenrede auf den Grund zu gehen und in gemeinschaftlicher Beratung die Mittel und Wege zu finden,

um berechtigte Ansprüche der Erfüllung näher zu bringen. Es sei mir gestattet, diese Bemerkung über den Rahmen dieses besonderen Gegenstandes hinaus zu verallgemeinern und auf andere, ähnliche Gebiete auszudehnen, die der Staatsrat in Zukunft berühren wird.

Ich darf annehmen, daß die sämtlichen Herren Redner von dem einen Bestreben geleitet gewesen sind, nicht etwa lediglich theoretische Erörterungen zu pflegen, sondern praktische Arbeit zu leisten. Die praktische Arbeit besteht offenbar darin, daß möglichst befriedigende Verhältnisse für die in Deutschland arbeitenden polnischen Staatsangehörigen geschaffen werden.

Ich kann Sie versichern, daß auch die deutsche Okkupationsregierung das gleiche Bestreben hat, und zwar ganz abgesehen von idealen Motiven aus dem Grundsatze heraus, daß der Wert der Arbeit wächst, je besser der betreffende Arbeiter gestellt ist und je schonender seine Arbeitskraft behandelt wird. Die Folgerichtigkeit dieser Feststellung ergibt sich ohne weiteres aus dem hohen Stande, den die Arbeiterschutz-Gesetzgebung wie der praktische Arbeiterschutz, die Wohlfahrtseinrichtungen wie die polizeilichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeit, vor allem die Fabrikinspektionen von jeher im Deutschen Reiche einnehmen. Ich werde wohl kaum Widerspruch finden, wenn ich behaupte, daß diese Einrichtungen mustergültig für die ganze Welt gewesen sind, und daß sie auch für dieses Land nach dem Kriege das Muster abgeben werden. Diese Einrichtungen kommen auch der polnischen in Deutschland beschäftigten Arbeiterschaft zugute, und nicht umsonst sind vor dem Kriege Hunderttausende von polnischen Arbeitern freiwillig nach Deutschland gegangen. Allerdings ergeben sich Kriegsnotwendigkeiten, welche die Stellung des polnischen Arbeiters in Deutschland zurzeit ungünstig beeinflussen, von denen übrigens in vielen Beziehungen der deutsche Arbeiter zu leiden hat. Jedoch sind Maßnahmen ergriffen worden, um diese ungünstigen Umstände in ihrer Wirkung zu schwächen, ja zu beseitigen.

Seit Jahr und Tag sind die Vertreter der polnischen Volksgemeinschaft wie der polnischen Regierung (ich erinnere auch namentlich an die Arbeit des Mitgliedes des Provisorischen Staatsrates Kunowski) bemüht gewesen, Hand in Hand mit den Okkupationsbehörden auf diesem Gebiete zu arbeiten, und erst vor wenigen Tagen hat der Herr Verwaltungschef aus Anlaß gerade dieser Interpellationen eine Einladung an den Herrn Ministerpräsidenten zu einer Besprechung dieser Angelegenheit ergehen lassen.

Die wesentlichen immer wiederkehrenden Klagen sind durch die Verfügung des Kriegsministeriums vom 21. November 1917 in einer Weise behandelt worden, daß ein möglichst weitgehender Schutz diesen Arbeitern gewährt ist und daß es hauptsächlich von ihnen abhängt, daß sie dieses Schutzes teilhaftig werden, wobei natürlich auch die deutschen Behörden für eine möglichst vollkommene Durchführung sorgen werden.

Diese Verfügung regelt den Urlaub in der Weise, daß grundsätzlich jedem polnischen Arbeiter jährlich einmal Urlaub bewilligt wird, und zwar sollen hauptsächlich die herankommen, welche bereits seit dem Beginn des Krieges, ohne Urlaub erhalten zu haben, in Deutschland arbeiten. Natürlich werden hier die Verkehrsverhältnisse eine restlose Durchführung dieser Maßregel nicht gestatten, aber das sind Verhältnisse, wie sie eben als höhere Gewalt anzusehen sind. Damit aber Ungerechtigkeiten vermieden werden, ist sogar eine Beschwerdeinstanz für Urlaubsverweigerungen bei den Kriegsamtsstellen geschaffen.

Sodann haben die stellvertretenden Generalkommandos in ihrem Bereich nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse ständige Fürsorgestellen zu errichten, zu denen auch polnische Arbeitervertreter heranzuziehen sind.

Reisekontrollkommissionen unter Beteiligung von polnischen Vertrauensleuten sind gebildet, um die Betriebe zu besuchen und Wünsche entgegenzunehmen.

Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden durch Schiedsstellen außergerichtlich entschieden, und ich könnte Ihnen auch Fälle nennen, wo Arbeitgeber wegen nichtkontraktmäßiger Behandlung ihrer Arbeiter von den deutschen Strafgerichten zur Verantwortung gezogen worden sind. Diese Schiedsstellen haben namentlich auch über die Zulässigkeit des Arbeitswechsels zu entscheiden.

Für den Kirchenbesuch ist besonders gesorgt. Ist damit kein Ortswechsel verbunden, so kann jeder Arbeiter seine freie Zeit in der Kirche zubringen. Ist ein Ortswechsel mit dem Kirchenbesuch oder anderen wichtigen gewöhnlichen Gängen, z. B. zum Konsumverein usw. verbunden, so genügt eine für das ganze Jahr erteilte Genehmigung.

Das polizeiliche Meldeverfahren ist tunlichst vereinfacht.

Wo bleiben angesichts dieser Bestimmungen die Beschwerden, wie wir sie gestern gehört haben? Meine Herren, ich glaube, es hat sich hier um Fälle gehandelt, welche zum Teil schon Jahre zurückliegen, Fälle, die eben die deutschen Behörden veranlaßt haben, die Angelegenheit in der angegebenen Weise zu regeln. Dies gilt namentlich auch von der Behauptung eines der Herren Redner, daß Arbeiter zwangsweise gewissermaßen gefangen und zur Arbeit verschleppt worden sind. Wie ich glaube, schweben diesen Herren einzelne Vorfälle aus dem Jahre 1916 vor, wo mit Beginn des Winters Personen, welche sich der Arbeit auch im Lande entzogen haben und dadurch der öffentlichen Wohltätigkeit anheimgefallen sind, im Arbeiterbataillon vereinigt wurden, das übrigens seither längst aufgelöst ist.

Endlich noch ein Wort über die Löhne: Von einem einheitlichen Lohnsatz zu sprechen, wirkt durchaus irreführend. Die Löhne werden nach Arbeitsvertrag und Arbeitsleistung bezahlt, Ebenso herrschen Unterschiede zwischen den Löhnen, welche den aus den Gefangenenlagern zur Arbeit entlassenen und den freien Arbeitern gezahlt werden. Daß aber im allgemeinen die Lohnhöhe

sich auf der ortsüblichen Höhe hält, beweisen die Millionen, welche aus Deutschland in das besetzte Gebiet aus der Hand der dort beschäftigten Arbeiter fließen.

Nun meine verehrten Herren noch ein Wort: Sie alle kennen die Lage, in der sich das Deutsche Reich befindet. In dem gegenwärtigen Ringen um den Sieg über eine Welt von Feinden ist unser Volk gezwungen, seine ganze Kraft einzusetzen, alle Hilfsmittel in den Dienst der großen Sache zu stellen. Durch die Siege über die russischen Heere, durch das Opfer von 70 000 tapferen Kriegern, die auf polnischem Boden für ihr Vaterland gestorben sind und hier ruhen, ist das Königreich in die Okkupation und in den Wirtschaftsbereich der Zentralmächte einbezogen worden. Auch diesem Lande müssen schwere Opfer auferlegt werden. Aber der Preis dieser Opfer ist die Freiheit. Nehmen Sie diese Opfer mit sichtlicher Standhaftigkeit auf sich und denken Sie daran, was heute das deutsche Volk in seinem Kampf für seine Existenz und Freiheit aufbietet, denken Sie daran, daß heute bei uns keine Hütte, kein Palast ist, in der nicht der Tod eines teuren Angehörigen betrauert wird und dann fragen Sie sich, ob nicht auch Ihre Opfer, Ihre Entbehrungen, Ihre Leiden des Zieles wert sind!

Notizen.

Wirtschaft.

Ausdehnung der Tätigkeit der galizischen Banken auf das Königreich Polen. Die Galizische Landwirtschaftliche Kreditbank hat am 1. September d. J. zwei neue Filialen eröffnet: eine in Krakau, die andere in Lublin.

Die amtliche Handelsstelle deutscher Handelskammern in Warschau beabsichtigt, wie die Handelskammer Königsberg mitteilt, in Warschau ein ständiges Musterlager für Waren aller Art zu unterhalten und hat bereits entsprechende Räume hierfür eingerichtet.

Polen und die Breslauer Messe. Wenn die Breslauer Technische Messe das werden soll, was Magistrat und Handelskammer von Breslau beabsichtigen, nämlich alljährlicher Treffpunkt aller Interessenten und Einkäufer für landwirtschaftliche und andere Maschinen aus dem östlichen polnischen Nachbarstaat, so müßte seitens der Breslauer Messegesellschaft der Eigenart dieser Besucher besondere Rechnung getragen werden durch Ausgabe von Messeführern in polnischer Sprache, reichliche Anstellung polnisch sprechenden Personals, ausreichenden Dolmetscherdienstes und Anleitung der Messebeamten, das polnische Publikum mit besonderer Zuvorkommenheit zu bedienen. Auch wäre es sehr empfehlenswert, wenn zu diesem Zwecke in Breslau polnisch sprechende Schutzleute angestellt und durch ein besonderes Abzeichen kenntlich gemacht würden (wie z. B. vor dem Krieg in Berlin die englisch sprechenden Schutzleute). Der Erfolg wird sodann in der Zukunft nicht ausbleiben.

• • •

Kirche.

Neue katholische Bischöfe. Der Heilige Vater ernannte zu Bischöfen: Dr. Heinrich Przeździecki für die Diözese Podlachien einschließlich Chełm; Kanonikus Dr. Marian Fulman (Czenstochowa) für die Diözese Lublin; Generalvikar Peter Mańkowski für die wieder erneuerte Diözese Kamieniec Podolski.

Die Mariaviten in Polen. Die mariavitischen Gemeinden haben Erlaubnis erhalten, innerhalb der österreichisch-ungarischen Okkupation, die im Jahre 1915 geschlossenen Schulen und Gotteshäuser wieder zu eröffnen. Die Zahl der Mariaviten hat sich während des Krieges sehr verringert; viele sind nach Rußland gezogen, und über 8000 sind in den Schoß der katholischen Kirche wieder zurückgekehrt.

• • •

Unterricht.

Ein neuer Vortragsstuhl für polnische Literatur. Der Professor für polnische Literatur an der Lemberger Universität Bruchnalski siedelt mit Beginn des Monats Oktober d. J. an die Warschauer Universität über.

Numerus clausus an der Krakauer Universität. Die Krakauer Universität hat infolge Platzmangels in den Laboratorien die Zahl der Hörer an der medizinischen Fakultät für die ersten beiden Studienjahre auf je 100 beschränkt.

* * *

Zeitungswesen.

Wiedererneuerung zweier Warschauer Zeitungen. In Warschau beginnen demnächst zwei neue Tageszeitungen wieder zu erscheinen, nämlich: „Gazeta Warszawska", Organ der nationaldemokratischen Kreise, und „Słowo", Organ der Realisten.

Ein neues Fachblatt in Galizien. Als Organ der galizischen Petroleum-Gesellschaft erscheint in Drohobycz sowohl in polnischer wie in deutscher Sprache die statistisch-informatorische Zeitschrift „Nafta". Das Blatt widmet sich ausschließlich der Entwicklung und Pflege der Petroleum-Industrie.

Erscheinungstage: 1. und 15. jeden Monats. — Bezugspreis (bei der Post oder beim Verlag) vierteljährlich 3,50 Mark, Einzelheft 60 Pf.

Schriftleitung: Wacław Schmidt, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse 28. — Fernsprecher Amt Steinplatz, Nr. 2306. Alle redaktionellen Sendungen an obige Adresse erbeten. Unverlangt eingesandten Manuskripten bitten wir Rückporto beizufügen.

Für die Redaktion verantwortlich F. Zalachowski, Charlottenburg. Druck Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstr. 19.